

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA
63.
SITZUNG
3-6-1966

Presidente: BERTORELLE

Vicepresidente: PUPP

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE



INDICE

Disegno di legge n. 50 :

« Concessione di contributi per il miglioramento ed il potenziamento delle produzioni agricole pregiate ».

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 50 :

« Gewährung von Beiträgen zur Verbesserung und Steigerung der Erzeugung hochwertiger landwirtschaftlicher Produkte ».

Seite 3

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 9.40.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 1-6-1966.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna, il verbale è approvato. Passiamo alla trattazione del *disegno di legge n. 50: « Concessione di contributi per il miglioramento delle produzioni agricole pregiate »*.

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich habe mich zu Wort gemeldet, nachdem Assessor Raffaelli und auch der Präsident des Regionalausschusses angedeutet haben, daß ein Einvernehmen zwischen Regionalausschuß und Landesauschuß verfassungsrechtlich nicht möglich sei,

d.h. daß ein solches Einvernehmen hinsichtlich eines Verwaltungsaktes zwischen Region und Provinz zu einer Rückverweisung führen würde. Der Präsident des Regionalausschusses hat auch bemerkt, es sei denn, daß eine Delegation im Sinne des Art. 14 erfolge, was aber vom Regionalausschuß abgelehnt wurde; eine andere Form der « Zusammenarbeit » gibt es jedoch nicht. Übrigens, das Wort Zusammenarbeit (cooperazione) wurde dann auch ausgesprochen und vom Regionalausschuß bejaht, wonach eine Art Zusammenarbeit zwischen Regional- und Landesauschuß gewünscht wird. Ich habe in dieser Zwischenzeit nachgesehen, ob es stimmt, daß ein Einvernehmen (concerto, intesa usw., accordo), zwischen Region und Provinzen und zwar zwischen dieser Region und den autonomen Provinzen verfassungsrechtlich wirklich ein Unding wäre, auch wenn der Art. 14 nicht zur Anwendung käme. Ich gabe davon aus, daß der zuständige Assessor erklärt, hat, es gehe hier um ein Gesetz, mit dem eine gewisse Politik betrieben werden soll, d.h. eine Politik, die übrigens durch das Grüne-Plan-Gesetz auch vorgesehen wird, in dem Sinne, daß eine gewisse Richtlinie befolgt werden soll um die Bildung von gesunden, rationellen landwirtschaftlichen Wirtschaftseinheiten zu fördern.

In diesem Zusammenhang ist ja allen klar, daß hier die Provinz eine primäre Zuständigkeit hat. Die sogenannte Mindestkultureinheit fällt neben dem Gesetz der « geschlossenen Höfe » in die primäre Zuständigkeit der Provinz, so daß man mit Recht sagen kann, daß eine der Hauptzielsetzungen des Grünen Plans, nämlich das Bilden gesunder landwirtschaftlicher Betriebseinheiten, in die Zuständigkeit der Provinz fällt. Gewisse Kapitel des Grünen Plans sowie bestimmte Artikel der allgemeinen Bonifizierungsgesetzgebung fallen demnach auch unter die Zuständigkeit der Provinz. Man kann auch behaupten, daß in dieser Hinsicht die Region die allgemeine Zuständigkeit für Landwirtschaft besitzt und die Provinz gewisse Teile davon. Zu diesen Teilen gehört auch die Mindestkultureinheit. Alles was sich um diese Mindestkultureinheit dreht, ist also Angelegenheit der Provinz und es wäre in diesem Zusammenhang gar nicht verwunderlich anzunehmen, daß durch gewisse landwirtschaftliche Förderungsgesetze, wie es auch der Grüne Plan ist, eine Politik der Mindestkultureinheit betrieben werden soll. Im Gesetz wird ja auf das Grüne-Plan-Gesetz, bzw. auf einen oder zwei Artikel desselben Bezug genommen. Ein Einvernehmen mit der Provinz wäre verfassungsrechtlich also ohne weiteres zulässig. Ich beziehe mich dabei auf den heutigen Zustand, d.h. auf den heutigen Text des Autonomiestatuts, weil es sich um eine gemischte Kompetenz handelt, d.h. um eine Politik, die zu mindest was die Mindestkultureinheiten als eine der Hauptzielsetzungen des Grünen Plans betrifft, auf Grund der bestehenden Zuständigkeit von der Region zusammen mit der Provinz betrieben werden muß. Ich habe sowohl in bezug auf die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes als auch auf die sogenannte Rechtslehre nachgesehen und dabei

folgendes gefunden: Aldo Monaco schreibt in der « Enciclopedia del diritto » über « concerto » oder « intesa » — ich zitiere aus dem Italienischen: « Ciò premesso non si può escludere una applicazione anche nel campo costituzionale ». Es geht hier um verfassungsrechtliche Beziehungen zwischen autonomer Region und autonomer Provinz. Ich zitiere weiter: « . . . della figura organizzatoria del concerto o dell'intesa, osservandosi a tale proposito come sussistano allo stato della legislazione attuale, soprattutto nella regolamentazione dei rapporti tra Stato e Regioni, casi, nei quali il legislatore usa l'espressione "di concerto" o "d'intesa" ». Dasselbe wird ja dann zwischen den Regionen gelten. Er führt dann sieben Beispiele von Durchführungsbestimmungen an, die sich auf die Region Sizilien und auf die Region Aosta beziehen. Wir könnten diese Beispiele mit Durchführungsbestimmungen für diese Region ergänzen. Monaco sagt dann ferner: « Orbene, in tutti questi casi abbiamo di fronte da un lato lo Stato, dall'altro la Regione. La figura del « concerto » o della « intesa » soccorre allo scopo di coordinare la attività amministrativa dell'uno con quella dell'altra. Il concerto o l'intesa più che un atto è un presupposto di esso, attinente, come si è detto, alla fase preparatoria del procedimento, e cioè al contenuto dell'atto costitutivo di effetti giuridici. Avremmo una estensione della figura del concerto o dell'intesa ad attività di natura costituzionale ».

Der Verfassungsgerichtshof hat sich in einem Urteil vom 30. Dezember 1958 mit dieser Frage der Durchführungsbestimmungen befaßt, wodurch die Region Sizilien auf Grund der Zuständigkeit für Industrie, die Befugnis erhalten hat, alle Funktionen betreffs der Konzession von Raffinerien — was die Zuständigkeit des Industrieministers betrifft —, aus-

zuüben. Dabei ist in dem einschlägigen Staatsgesetz vom Jahr 1933 vorgesehen, daß der Industrieminister in gewissen Fällen im Einvernehmen mit dem Finanzminister und in anderen Fällen im Einvernehmen mit dem Minister für Handelsmarine handeln soll.

Der Staat hat aber die Ausübung dieser Funktion durch den Industrieassessor der Region Sizilien angefochten, da er den Standpunkt vertrat, daß Einvernehmen zwischen dem Industrieminister einerseits und dem Finanz- und Handelsmarineminister andererseits, notwendig wäre und es deshalb nicht möglich sei, zu einem Einvernehmen zwischen dem Industrieassessor der Region Sizilien und den Ministern der Zentralregierung zu kommen. Der Verfassungsgerichtshof hat dann befunden, daß die Region ohne weiteres die Konzessionsdekrete anstelle des Industrieministers herausgeben könne, daß aber die Region, bzw. der Industrieassessor der Region Sizilien in diesem Fall ein Einvernehmen mit dem Finanzminister herstellen müsse, der an die Stelle des Industrieministers getreten sei. Es sei erfassungsrechtlich gar keine Anomalie, daß die autonome Region ein Einvernehmen mit einem Organ der Zentralregierung pflege. Er sagt diesbezüglich: « Allo stesso modo che l'organo dello Stato non può provvedere al riguardo se non col concorso delle altre amministrazioni interessate, così anche la Regione, dovendo osservare le disposizioni del D.L. del 1933, non potrebbe emanare un provvedimento di concessione senza la partecipazione di quegli organi delle amministrazioni centrali, il cui concorso è richiesto dalle norme predette, partecipazione che deve attuarsi mediante accordi fra Stato e Regione all'integrazione dei poteri di quest'ultima nella materia di che trattasi. Resta in tal modo soddisfatta nella sostanza la esigenza della legge anche se tale accordo ai fini dell'emanazione del

provvedimento da parte dell'amministrazione regionale venga manifestato senza la forma tipica del concerto quale è adottata per i provvedimenti dello Stato ». Was der Verfassungsgerichtshof für das Verhältnis zwischen Staat und Region sagt, muß auch für das Verhältnis zwischen zwei autonomen Regionen gelten. Demnach ist erwiesen, daß der Erlaß eines Verwaltungsaktes nach vorheriger Einvernahme mit einer anderen gegenüber der Region autonomen Verwaltung dh. Staat oder die Provinz Bozen, nichts Verfassungswidriges darstellt, vorausgesetzt, daß es darum geht, ein Einvernehmen über ein Sachgebiet zu erzielen, das in die gemischte Zuständigkeit der Region und der Provinz fällt. Ich möchte noch hinzufügen: Die Genehmigung eines Programmes für die Durchführung eines Gesetzes ist ebenfalls einwandfrei Verwaltungstätigkeit und nicht gesetzgeberische Tätigkeit. Also kann man nicht davon reden, daß die Region damit die Gesetzgebung delegiert hätte, da es eine Verwaltungstätigkeit wie jede andere ist und als solche auch delegiert werden könnte. Sie wissen ja, daß mit der Delegation des Regionalgesetzes über die Subventionierung der öffentlichen Arbeiten die Landesausschüsse auch beauftragt worden sind, ein Programm aufzustellen und es dem Regionalausschuß zu eventuellen Bemerkungen zu unterbreiten. So steht es im Regionalgesetz Nr. 17 über öffentliche Arbeiten. Also wäre es bei gutem Willen ohne weiteres möglich, diese Form zu gebrauchen, die übrigens im Zusammenhang mit anderen Dingen, die auf die Aufstellung eines Programmes hinauslaufen vom Ausschuß grundsätzlich sicher bejaht wird: siehe Aufstellung eines Programmes der wirtschaftlichen Entwicklung, wo angesichts der gemischten und der ineinander verflochtenen Zuständigkeiten der Region und Provinzen das Einvernehmen

zwischen beiden Körperschaften vorgesehen ist. Eine Lösung, die sich gewissermaßen aufdrängt, weil ja bei dieser Lage keine andere Möglichkeit bestehe, als die ein Einvernehmen herzustellen. Daher bin ich der Ansicht, daß hier eine Formel dieser Art. d.h. « nach vorherigem Einvernehmen mit dem Landesausschuß hinsichtlich eines Programmes », für den Erlaß eines Verwaltungsaktes von seiten des Regionalausschusses, verfassungsrechtlich ohne weiteres zulässig wäre, auch was die Durchführung des Autonomiestatuts betrifft.

(Ho chiesto la parola dopo che l'assessore Raffaelli ed anche il Presidente della Giunta regionale hanno accennato al fatto che dal punto di vista costituzionale non è possibile un accordo fra la Giunta regionale e quella provinciale, cioè che un accordo del genere fra Regione e Provincia su un atto amministrativo porterebbe ad un rinvio, a meno che — ha continuato il Presidente della Giunta — non si deleghi nel senso dell'art. 14, ciò che però la Giunta regionale si è rifiutata di fare: un'altra forma di cooperazione però esiste. Per il resto è stata detta anche la parola « cooperazione », parola che la Giunta ha approvato, e che auspica una specie di collaborazione fra la Giunta regionale e la Giunta provinciale. Nel frattempo ho controllato se sia esatto che un « concerto, intesa, accordo ecc. » fra la Regione e le Province, ed esattamente fra la nostra Regione e le Province autonome, sia dal punto di vista costituzionale, una mostruosità, pur non applicando l'art. 14. Parto dalla dichiarazione dell'assessore competente, cioè che in questo caso si tratterebbe di una legge con cui si vuole perseguire una determinata politica: tale politica del resto prevista anche nella legge sul Piano Verde, dovrebbe seguire una determinata direttiva allo scopo di incrementare la forma-

zione di sane e razionali unità economiche in agricoltura: Qui è chiaro a tutti che la Provincia possiede a questo proposito una competenza primaria. La cosiddetta « minima unità colturale », insieme alla legislazione sui masi chiusi, rientra nelle competenze primarie della Provincia, così da poter affermare a buon diritto che una delle finalità principali del Piano Verde, quella di formare sane aziende agricole, rientra nelle competenze della Provincia. Taluni capitoli del Piano Verde, come certi articoli della legislazione sulla bonifica generale rientrano perciò nel campo di competenza della Provincia. Si può affermare anche che la Regione possiede competenza generica in materia di agricoltura e la Provincia in taluni settori di essa: a questi settori appartiene anche la minima unità colturale. Tutto ciò che riguarda questa minima unità colturale è perciò competenza delle Province ed in relazione a ciò non sarebbe strano pensare che con certe leggi di incremento agrario, come per es. il Piano Verde, si voglia attuare una politica delle minime unità colturali. Nella legge si fa infatti riferimento alla legge sul Piano Verde, cioè ad uno o due articoli della stessa. Un accordo con la Provincia sarebbe dunque, dal punto di vista del diritto costituzionale, senz'altro ammesso. Mi riferisco qui alla situazione attuale, cioè al testo attuale dello Statuto di autonomia, perché si tratta di una competenza mista, cioè di una politica che, almeno per quanto riguarda la minima unità colturale come una delle mete principali del Piano Verde, in base alle competenze esistenti va applicata dalla Regione insieme con la Provincia. Mi sono informato sull'argomento tanto riguardo alla giurisdizione della Corte Costituzionale quanto riguardo alla cosiddetta giurisprudenza ed ho trovato quanto segue: Aldo Monaco scrive a proposito dei termini « concerto » od « intesa » nell'Enciclopedia del diritto —

cito dall'italiano: « Ciò premesso non si può escludere una applicazione anche nel campo costituzionale ». Si tratta qui di rapporti costituzionali fra Regione autonoma e Provincia autonoma. Continuo la citazione: « . . . della figura organizzatoria del concerto o dell'intesa, osservandosi a tale proposito come sussistano allo stato della legislazione attuale, soprattutto nella regolamentazione dei rapporti tra Stato e Regioni, casi, nei quali il legislatore usa la espressione di « concerto » o d'« intesa ». Lo stesso varrà per i rapporti fra le Regioni. Egli riporta poi sette esempi di norme di attuazione che si riferiscono alle Regioni siciliana e aostana. Potremmo completare gli esempi con norme di attuazione per la nostra Regione. Monaco afferma poi: « Orbene, in tutti questi casi abbiamo di fronte da un lato lo Stato, dall'altro la Regione. La figura del « concerto » o della « intesa » soccorre allo scopo di coordinare la attività amministrativa dell'uno con quella dell'altra. Il concerto o l'intesa più che un atto è un presupposto di esso, attiene, come si è detto, alla frase preparatoria del procedimento, e cioè al contenuto dell'atto costitutivo di effetti giuridici. Avremmo una estensione della figura del concerto o dell'intesa ad attività di natura costituzionale ».

La Corte Costituzionale si è occupata, in una sentenza del 30 dicembre 1958, della questione delle norme di attuazione in base alle quali la Regione siciliana, partendo dalla sua competenza in materia di industria, ha avuto la facoltà di esercitare tutte le funzioni riguardanti la concessione di raffinerie, nei limiti del campo di competenza del Ministro dell'industria. Nella legge del 1933 sulla stessa materia è previsto che il Ministro per l'industria proceda in certi casi d'intesa col Ministro delle finanze ed in altri casi d'intesa con il Ministro per la marina mercantile.

Lo Stato ha però impugnato l'esercizio di questa funzione da parte dell'assessore all'industria della Regione siciliana, sostenendo il punto di vista che sarebbe necessaria l'intesa fra il Ministro per l'industria da una parte ed i Ministri delle finanze e della marina mercantile dall'altra: non sarebbe perciò possibile giungere ad un'intesa fra l'assessore all'industria della Regione siciliana ed i Ministri del Governo centrale. La Corte Costituzionale ha giudicato poi nel senso che la Regione può emanare senz'altro i decreti di concessione al posto del Ministero per l'industria, che però la Regione, cioè l'assessore all'industria della Regione siciliana, dovrebbe in questo caso agire in accordo con il Ministro alle finanze, il quale sostituisce in questo caso il Ministro per l'industria. Dal punto di vista del diritto costituzionale non sarebbe un'anomalia che la Regione autonoma curi un accordo con un organo del Governo centrale. Lo stesso autore afferma a questo proposito: « Allo stesso modo che l'organo dello Stato non può provvedere al riguardo se non col concorso delle altre amministrazioni interessate, così anche la Regione, dovendo osservare le disposizioni del D.L. del 1933, non potrebbe emanare un provvedimento di concessione senza la partecipazione di quegli organi delle amministrazioni centrali, il cui concorso è richiesto dalle norme predette, partecipazione che deve attuarsi mediante accordi fra Stato e Regione alla integrazione dei poteri di quest'ultima nella materia di che trattasi. Resta in tal modo soddisfatta nella sostanza la esigenza della legge anche se tale accordo ai fini dell'emanazione del provvedimento da parte dell'amministrazione regionale venga manifestato senza la forma tipica del concerto quale è adottata per i provvedimenti dello Stato ». Quanto la Corte Costituzionale sentenzia sui rapporti fra Stato e Regione deve essere valido

anche per i rapporti fra due Regioni autonome. È dimostrato con ciò che la promulgazione di un atto amministrativo previo accordo con una altra amministrazione autonoma rispetto alla Regione, cioè lo Stato o la Provincia di Bolzano, non rappresenta un atto incostituzionale, sempre che si tratti di raggiungere un accordo su una materia che rientra nella competenza tanto della Regione quanto della Provincia. Vorrei poi aggiungere ancora che l'approvazione di un programma in attuazione di una legge è senza altro un'attività amministrativa e non legislativa. Ma si può dire perciò che la Regione abbia con ciò delegato una facoltà legislativa, dato che si tratta di un'attività amministrativa come tutte le altre e che come tale potrebbe anche venir delegata. Voi sapete che, con la delega della L.R. riguardante il finanziamento dei lavori pubblici, le Giunte provinciali sono state incaricate di elaborare un programma e di sottoporlo alla Giunta regionale per eventuali osservazioni. Questo è quanto è contenuto nella L.R. n. 17 riguardante i lavori pubblici. Con un po' di buona volontà sarebbe dunque senz'altro possibile servirsi di questa forma, che in linea di principio verrà senz'altro approvata dalla Giunta, in relazione ad altre cose che confluiscono nella compilazione di un programma: vedi l'elaborazione di un programma di sviluppo economico, in cui, date le competenze comuni e strettamente intersecantisi della Regione e delle Province, è prevista appunto l'intesa fra i due enti. È una soluzione che in un certo senso si impone, mancando in questa situazione una possibilità diversa da quella dell'intesa. Sono dunque dell'avviso che una formula del genere, cioè « previo accordo con la Giunta Provinciale » sul programma sarebbe senz'altro ammissibile, anche dal punto di vista dell'applicazione dello Statuto di auto-

nia, per la promulgazione di un atto amministrativo della Giunta regionale.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore Segnana.

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): Di fronte all'emendamento presentato, io penso che non sia necessario rifarsi alle considerazioni di carattere generale già illustrate nella discussione avvenuta nell'ultima seduta del Consiglio regionale.

Mi sembra che anche dall'emendamento venga riconosciuto da parte dei presentatori che questa legge, congegnata così come è stata presentata, non può essere delegata nella forma tradizionale, in quanto si tratta di uno strumento di carattere eminentemente tecnico in mano agli ispettorati agrari, i quali devono essi impostare delle azioni e devono soprattutto svolgere delle iniziative di carattere proprio, cioè delle iniziative che non comportano la concessione od altro di contributi a favore di terzi, ma che, soprattutto nel settore vivaistico, vengono eseguite direttamente dagli ispettorati o comunque vengono favorite dagli ispettorati.

Per tutti gli aspetti posti in evidenza anche dall'intervento del cons. Benedikter, io devo far presente una preoccupazione. Andando avanti così, soprattutto nel settore dell'agricoltura, nel quale abbiamo una Giunta regionale con una propria struttura burocratica e anche organizzata con personale di carattere tecnico, con due ispettorati agrari che sono comunque organi tecnici della Regione, e inoltre con una attività svolta dalle due Province in attuazione della delega, noi rendiamo sempre più difficile — mi sia consentito di dirlo, veramente con animo sincero e scevro da ogni considerazione di ordine puramente politico, ma da uomo

semplice, da cittadino che anche dall'esterno potrebbe osservare questa nostra impostazione di politica agraria — andando avanti di questo passo ben difficilmente possiamo attuare una politica agraria, che incida veramente a favore della agricoltura del nostro territorio. Su un territorio con una superficie agraria non tanto estesa, su un territorio con una popolazione di circa 800.000 abitanti, con tutta questa frammentazione, è veramente difficile fare una politica agraria seria, in un momento così difficile, in un momento nel quale gli orizzonti si allargano sempre più, e dobbiamo sentirci sempre più inseriti in una politica agraria nazionale e in una politica agraria comunitaria.

La responsabilità sul come le cose procedono nel settore dell'agricoltura viene sempre riferita alla Regione e particolarmente all'assessore regionale all'agricoltura, quindi permettete che il sottosegretario abbia delle perplessità quando considera queste responsabilità di politica agraria.

La Regione, attraverso il proprio assessore, tiene contatti con il Ministro e con le organizzazioni del MEC, proprio in virtù di quei mezzi che abbiamo a disposizione sul fondo di orientamento e di garanzia. Vi è tutta un'azione di coordinamento anche con queste politiche, che è difficile effettuare quando le responsabilità vengono frammentate.

Questa considerazione si deve fare perché investe la nostra responsabilità.

Ad un certo momento bisognerebbe proprio che le competenze della Regione fossero determinate in maniera precisa, altrimenti ben difficilmente possiamo organizzare l'attuazione di una seria politica agraria.

Io penso quindi che si potrebbe presentare un emendamento sostitutivo di quello già presentato. Concordo sia essere possibile introdurre anche un riferimento all'art. 7 del Piano

verde, però precisando che questo riferimento viene fatto esclusivamente per il settore della viticoltura e della frutticoltura, altrimenti estendiamo il campo ad altri settori e vi è il pericolo di una frammentazione di interventi.

Io penserei di migliorare anche il testo attuale dell'art. 1, aggiungendo un ultimo comma, di questo tenore: « Gli ispettorati predisporranno programmi annuali di attività, che saranno approvati dalla Giunta regionale, sentite le province di Trento e di Bolzano ». Mi sembra che questo parere, che viene assunto dalla Regione nei confronti delle Province, possa essere sufficiente per trovare anche sul piano pratico quella intesa che si vorrebbe introdurre con una formula di carattere giuridico più stretto.

Il cons. Benedikter ha portato qui delle argomentazioni che debbono essere considerate di un certo peso per quanto riguarda il problema dell'intesa, ma mi sembra che anche altri studi, perlomeno altre indagini che sono state fatte circa il problema di questa formula di intesa, portino a conclusioni diverse. Siamo nel campo del diritto e quindi le opinioni non sono sempre concordi. Inoltre abbiamo purtroppo l'esperienza, soprattutto se si fa riferimento al campo nazionale, di leggi nelle quali è prevista l'intesa e che non hanno operato o hanno operato molto male, perché il trovare questa intesa ha sempre comportato delle perdite enormi di tempo.

Il riferimento, ad esempio, alla legge 17 sui lavori pubblici non mi sembra molto giusto, in quanto nella legge sui lavori pubblici la Regione delega alle Province la concessione di contributi a favore di enti e organizzazioni ed altro. Le Province dispongono di organi tecnici per effettuare quella che è la predisposizione del programma e tutte le operazioni poi di verifica od altro. In questo caso invece il ri-

ferimento non è possibile, in quanto l'organo tecnico investito dell'attuazione del programma è quello regionale. È giusto anche quanto ha detto il cons. Benedikter circa le competenze delle Province e la intesa che potrebbe essere utile soprattutto in determinate materie, nelle quali anche le Province hanno competenza. Ma mi sia permesso, almeno a titolo di battuta, una considerazione: questa intesa forse non sarebbe male che venisse introdotta anche in qualche legge provinciale, perché anche in qualche legge provinciale abbiamo inciso nella materia dell'agricoltura perlomeno in materia attinente all'agricoltura, ma non abbiamo in quelle leggi alcuna intesa con la Giunta regionale o con gli organi tecnici della Giunta regionale.

Quindi un po' la considerazione . . .

BENEDIKTER (S.V.P.): Non è un argomento!

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): No, ma dal momento che si invoca l'intesa anche ai fini di un coordinamento, ad esempio facendo riferimento al problema delle minime unità colturali od altro, il riferimento potrebbe essere preso come buono anche per altre attività che vengono svolte dalle Giunte provinciali. Ad esempio nel campo dell'istruzione professionale agraria c'è un'attività notevole da parte delle Province e vi è un'assimilazione molto vicina dell'istruzione agraria con l'assistenza tecnica, però lì non si è mai pensato di fare un'intesa . . .

BENEDIKTER (S.V.P.): Nessuno l'ha chiesta!

SEGNANA (Assessore agricoltura e com-

mercio - D.C.): Nessuno l'ha chiesta, è vero, questa può anche essere un'osservazione, ma quando si legifera in provincia di Bolzano non è presente la Regione e quindi dovrebbero essere i consiglieri provinciali di Bolzano, nelle loro qualità di consiglieri regionali, a chiedere l'intesa di leggi provinciali con leggi regionali. Il discorso può essere allargato.

Io penso quindi che con questo emendamento, che sostituisce quello presentato dai consiglieri della S.V.P., vi sia la possibilità di migliorare innanzitutto la legge, facendo riferimento preciso a un programma di attività che deve essere predisposto dagli ispettorati agrari e introducendo appunto il concetto del « sentito il parere delle Province ».

Io sono convinto che su questo parere ci sarà una facile intesa fra gli organi tecnici della Regione e quelli della Provincia, perché in questi anni non abbiamo mai avuto dei casi, almeno in materia di agricoltura, nei quali non si sia andati d'accordo. Con questo nostro emendamento penso che abbiamo senz'altro trovato una via di mezzo fra una richiesta e l'altra. Anche l'art. 14, se non sbaglio, dice: normalmente. Il « normalmente » prevede che possa esservi anche qualche eccezione.

Presenterò presto una legge che stanzi nuovi fondi di rifinanziamento alla legge per l'irrigazione, quella è una legge delegata e quella, come abbiamo detto, ha un funzionamento che può essere anche in parte slegato dagli organi tecnici. Questa invece, per le ragioni che ho detto, mi sembra sia più aderente alle necessità dell'agricoltura. Io credo di capire anche queste esigenze di carattere pratico e vedere perlomeno di concordare in via di massima su una soluzione che vuole essere una soluzione di mezzo fra il primo testo e quello nuovo dell'emendamento.

PRESIDENTE: La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Hoffentlich funktioniert jetzt wieder die Dolmetscheranlage, weil man bei gleichzeitig lauter Übersetzung nur sehr schwer sprechen kann.

Vielleicht sehen wir hier mehr eine Frage des Prestiges als die Erfordernisse organisatorischer Natur. Tatsache ist, daß wir gerade auf dem Sektor der Beratung, der Schulung und der Förderung gleichförmig gehen müßten. Ich stelle mir vor, daß man, insbesondere auch was dieses Gesetz betrifft, gemeinsame Programme aufstellen sollte, nach denen beiden Organisationen oder Dienststellen — Assessorat für Landwirtschaft beim Lande und Provinzinspektorat —, die Aufgaben richtig zugeteilt bekommen. Es wird ja so sein, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil jener Maßnahmen, die in diesem Gesetze vorgesehen werden, aufeinander abgestimmt werden müssen, insbesondere wenn es sich, sagen wir ruhig, um Versuchsangelegenheiten handelt, die direkt mit dem Obstbau in Verbindung stehen. Es sollen daehr die Kräfte der Schulen, die dem Lande unterstellt sind, und die Fachkräfte des Landwirtschaftsinspektorates intensiv zusammenarbeiten, denn die beiden Kompetenzbereiche gehen ineinander über. Es wird daher notwendig sein, daß beide Dienststellen ihre jährliche Programmerstellung aufeinander abstimmen. Hierauf beruht auch der Abänderungsantrag, in dem ja von Einvernehmen gesprochen wird. Nun sagen oder befürchten Sie, daß mit dieser Ausdrucksform « Einvernehmen » die Möglichkeit bestünde, irgendwelche Maßnahmen, über die man sich nicht einig wird, nicht durchzuführen. Diese Möglichkeit schließe ich bei dieser Fassung deswegen aus, weil mit dieser Art

des Einvernehmens ein Teil der Verantwortung des Regionalassessorat sicherlich auch den Ämtern des Landes zugeteilt wird. Wenn sich bei gewissen Erfordernissen das Einvernehmen zwischen diesen beiden Stellen nicht verwirklichen läßt und deswegen die Maßnahmen nicht durchgeführt werden, dann sind die Landstellen die ersten, und nicht allein die Region, gegen die sich in diesem Falle das Ungehaltensein unserer Bauern richten wird. Dies wollte ich noch dazu sagen, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß man hier der Region irgendeine Befugnis nehmen oder ihr die Übernahme und das Tragen der Verantwortung erschweren will, sondern daß man hier eine echte Koordinierung im Zuge der Programmgestaltung und eine Verantwortungsteilung beider Ämter, beider Dienststellen, die sich in ihrer Arbeitsweise geradezu verflechten, schaffen will. Ich muß bei dieser Gelegenheit auch sagen, daß bis jetzt die De-facto-Zusammenarbeit der Fachkräfte des Landwirtschaftsinspektorates mit den von der Landesverwaltung abhängigen Fachkräften der Landwirtschaftsschulen recht gut gewesen ist. Und wenn man schon diese Tatsache feststellen kann, meine ich, dann sollte man sich wegen der gesetzlichen Verankerung keine allzugroßen Sorgen machen.

Man kann daraus vielleicht schließen, daß es möglich sein wird, die künftige Programmgestaltung im allgemeinen auf der gleichen Plattform des gegenseitigen Einvernehmens vorzunehmen. Dies wäre eine Möglichkeit im konkreten Falle. Sollte nun — und ich glaube hier nicht einen unberechtigten Wunsch zu äußern — das Wort « intesa » allzu störend wirken, könnten wir ja auch « d'accordo » schreiben. Denn in Wirklichkeit kommt man gerade bei der jährlichen Programmierung der in diesem Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen am besten weiter, wenn man sich auf gleichberech-

tigter Ebene auf ein Programm einigt, das ja von der einen und der anderen Stelle ausgeführt werden soll.

(Spero che funzioni di nuovo l'impianto di traduzione simultanea, perché si sente contemporaneamente la traduzione ad alta voce e si riesce a parlare con molta difficoltà.

Forse in questo caso vediamo più una questione di prestigio che le necessità di ordine organizzativo. Rimane il fatto che proprio nel settore della consulenza, della preparazione professionale e dell'incremento dobbiamo procedere di pari passo. Anche e particolarmente per quanto riguarda questa legge, immagino che bisognerebbe preparare programmi comuni in cui ad ognuna delle due organizzazioni o dei due servizi, Assessorato all'agricoltura della Provincia ed Ispettorato provinciale all'agricoltura, fosse assegnato esattamente il suo compito. Succederà che una parte non trascurabile delle misure previste in questa legge dovrà essere fatta concordare specialmente quando si tratti, diciamo pure, di attività sperimentali direttamente collegate con la frutticoltura. Dovranno perciò collaborare strettamente gli insegnanti delle scuole sottoposte all'autorità della Provincia ed i tecnici dell'Ispettorato agrario, poiché i due campi di competenza si intersecano a vicenda. Sarà necessario perciò che entrambi i servizi concordino i loro programmi annuali. A ciò si riferisce anche la proposta di emendamento, in cui si parla appunto di accordo. Ora lei dice o teme che l'espressione « d'intesa » lasci aperta la possibilità di non applicare qualche misura su cui non si raggiunga un accordo. Con questa redazione escludo tale possibilità, per la ragione che questo tipo di accordo assegna senz'altro una parte della responsabilità dell'Assessorato regionale anche agli uffici della Provincia. Se per determinate

esigenze non si riuscisse a raggiungere l'accordo fra i due uffici e perciò non si applicassero i provvedimenti, contro gli uffici provinciali si rivolgerebbe prima di tutto, e non contro la sola Regione, l'indignazione dei nostri agricoltori. Questo è quanto volevo aggiungere per non suscitare l'impressione di voler sottrarre alla Regione delle facoltà o di renderle più difficile l'assumersi ed il portare le sue responsabilità; si vuole anzi creare in questo caso un'autentico coordinamento nella compilazione dei programmi ed una divisione delle responsabilità dei due uffici, dei due servizi, i cui campi di lavoro addirittura si intersecano. In quest'occasione devo dire anche che finora la collaborazione de facto dei tecnici dell'Ispettorato alla agricoltura e dei tecnici delle scuole di agricoltura dipendenti dalla Provincia è stata piuttosto buona. E quando si può fare una constatazione del genere, penso che non occorra farsi troppe preoccupazioni per l'ancoraggio legale.

Da ciò si può trarre forse la conclusione che in generale sarà possibile redigere i futuri programmi sullo stesso piano dell'accordo reciproco. Si tratterebbe di una possibilità per un caso concreto. Se ora la parola « intesa » — e credo non si tratti di un desiderio immotivato — dovesse disturbare troppo, potremmo scrivere anche « d'accordo ». Per la verità infatti nella programmazione annuale delle misure previste in questa legge si procede meglio, quando ci si accorda su un piano di parità su un programma che in fondo deve essere applicato tanto dall'uno che dall'altro ufficio.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Vinante.

VINANTE (P.S.I.): Signori consiglieri, signor Presidente, noi ci troviamo di fronte a

un provvedimento di legge che abbiamo riconosciuto positivo, valido. Io non faccio l'elencazione dei dati positivi o negativi del provvedimento, poiché alle riserve che sono state fatte dai precedenti oratori il signor assessore ha risposto ampiamente ed esaurientemente. Riconosciuta valida la legge, noi desideriamo che essa abbia un'applicazione reale e funzionale. Questo ce lo siamo chiesti alla presentazione dell'emendamento da parte della S.V.P.

Francamente io ho delle perplessità, sia ben chiaro. Noi siamo sempre stati rispettosi, abbiamo sempre rivendicato l'onesta applicazione della norma statutaria per quanto riguarda l'art. 14, e non credo quindi che si possa dubitare circa l'orientamento del gruppo socialista. Ma con l'emendamento presentato dalla S.V.P. si possono creare delle difficoltà? Francamente io devo dire che abbiamo qualche perplessità, perché se accettiamo l'emendamento presentato dalla S.V.P., con il quale si chiede l'intesa, se questa non sussiste, pensiamo che venga bloccata la legge. Ragione per cui noi ci chiediamo quali sono le preoccupazioni del gruppo della S.V.P. Il cons. Brugger ha parlato di prestigio. Io non ho capito ancora se vuole rivendicare il prestigio della Giunta provinciale o se afferma che la Giunta regionale non vuol accettare l'inserimento dell'emendamento perché vuole difendere un prestigio. Mi pare però che non possiamo soffermarci su affermazioni di questo genere. Che cosa vogliamo noi? Vogliamo che l'intervento della Regione nel settore dell'agricoltura e soprattutto nei due settori più importanti, quali la frutticoltura e la viticoltura, sia veramente efficace per la propulsione, per il progresso e il potenziamento di questi settori. Questo è quello che noi domandiamo.

Che cosa turba la S.V.P. se accetta la proposta presentata l'altro giorno dal Presidente

della Giunta e oggi ben definita dall'assessore Segnana? Il non accettare questo mi pare sia una manifestazione di sfiducia, nel senso che se la Giunta regionale, rispettivamente l'ispettorato dell'agricoltura, non avesse da accettare le proposte presentate dalla Giunta provinciale, la S.V.P. in questa sede ha la possibilità di denunciare la mancanza del rispetto, la mancanza della volontà di voler effettivamente raggiungere quei determinati obiettivi in collaborazione con la Giunta provinciale. Il cons. Brugger dice: anche noi della provincia di Bolzano abbiamo delle responsabilità, abbiamo dietro di noi degli agricoltori che ci guardano, che ci osservano, e quindi non dovete temere, perché noi abbiamo la stessa volontà di raggiungere in senso positivo le finalità della legge. Altrettanto possiamo dire noi: la Giunta regionale, affidando l'esecuzione della legge ai due ispettorati provinciali dell'agricoltura, i quali hanno una visione chiara dei problemi delle singole province, non manifesta alcuna sfiducia verso le Province, perché tiene conto degli indirizzi, della volontà delle stesse Giunte provinciali. Diversamente venite in questa sede, venite in Consiglio regionale, e denunciate questa mancanza di volontà. Quindi vi è sempre la possibilità di attuare gli indirizzi promossi da parte della Giunta provinciale di Bolzano. Io penso che se c'è un po' di buona volontà in questa circostanza, dove l'art. 14 non ha applicazione, si possa accettare le proposte presentate dalla Giunta, che prevede l'intesa con la Giunta provinciale. La Giunta provinciale di Bolzano, e anche quella di Trento potranno affiancare i propri tecnici a quelli degli ispettorati provinciali, che sono organi periferici della Regione, e in tal modo raggiungere lo scopo che la legge si prefigge. Data l'importanza e l'urgenza di questa legge, non capisco perché si vuole creare delle difficoltà.

Se non c'è l'intesa che cosa avviene? Per me se non c'è l'intesa si blocca la legge, e questo il gruppo socialista non lo può accettare, non possiamo accettare che per un eventuale mancato accordo si blocchi l'attuazione della legge. Con la formula introdotta dall'assessore Segnana, e accettata dalla Giunta, di ricercare la collaborazione della Giunta provinciale, si può avere una garanzia del rispetto delle competenze e soprattutto della funzionalità della legge.

Penso che la questione del prestigio, se ho afferrato bene, possa essere superata in questo momento da ambo le parti, e che ognuno di noi chieda e voglia raggiungere l'obiettivo che è quello che la legge possa portare quell'ossigeno che è assolutamente necessario per potenziare il settore dell'agricoltura.

Quindi da parte nostra dobbiamo dire questo: la proposta presentata dalla Giunta è una proposta di avvicinamento fra le due posizioni, è una proposta intermedia, e se voi della S.V.P. avete eventualmente delle riserve su questo, noi saremmo ben lieti, qualora non venisse rispettato, qualora non venisse svolto quel programma che è stato eventualmente elaborato e presentato dalla Giunta provinciale, di sentire appoggiare anche in questa sede, qualora ci sia una effettiva mancanza di rispetto dei vostri indirizzi, di appoggiare voi e di accordarci a voi nelle eventuali proteste, nelle eventuali lamentanze. Ma mi pare che non si deve anticipare una forma di sfiducia, che mi pare che sia molto chiara, nel non voler accettare la proposta della Giunta; che, ripeto, è una proposta intermedia e che dovrebbe raggiungere le finalità della legge. Inoltre essa tutela la competenza della Regione e, nel contempo il prestigio delle Giunte provinciali.

PRESIDENTE: L'emendamento presen-

tato in questo momento dalla Giunta prevede che, dopo il primo comma, si aggiunga: « gli ispettorati predisporranno programmi annuali di attività, che saranno approvati dalla Giunta regionale, sentite le Giunte provinciali di Trento e di Bolzano ».

Mentre l'emendamento a firma di alcuni consiglieri della S.V.P. prevede sostanzialmente l'intesa con gli assessorati provinciali dell'agricoltura di Trento e di Bolzano, l'emendamento della Giunta prevede che gli ispettorati predisporranno i programmi annuali di attività, che saranno approvati dalla Giunta regionale, sentite le province di Trento e di Bolzano.

La parola al cons. Volgger. Lei parla sull'articolo? È stato presentato un emendamento dopo che lei aveva chiesto la parola; vuol parlare su questo emendamento?

VOLGGER (S.V.P.): No, sull'articolo.

PRESIDENTE: La parola al cons. Volgger.

VOLGGER (S.V.P.): Ich bin dem Herrn Kollegen Vinante sehr dankbar, daß er einiges klargestellt hat . . .

(Sono gratissimo al collega Vinante per i suoi chiarimenti . . .)

PRESIDENTE: Sospendiamo la seduta per dieci minuti.

(Ore 10.40).

Ore 10.55.

PRESIDENTE: Adesso procediamo con ordine. Prego di stare un po' attenti, perché qui ci sono cinque emendamenti.

Il primo emendamento è quello presentato dai consiglieri del gruppo di lingua tedesca, Brugger, Kapfinger, Steger ed altri. Questo prevede « l'intesa con gli assessorati provinciali dell'agricoltura di Trento e di Bolzano », cioè « concedere i contributi secondo i criteri previsti dagli art. 7, oltre il 14, d'intesa con gli assessorati all'agricoltura di Trento e di Bolzano ».

Secondo emendamento, a firma Segnana, Avancini, Dalvit: alla fine del primo comma dell'art. 1: « gli ispettorati predisporranno programmi annuali di attività, che saranno approvati dalla Giunta regionale, sentite le province di Trento e di Bolzano ».

Successivamente è stato presentato un altro emendamento dagli assessori Segnana, Albertini, Avancini, per aggiungere ai criteri previsti dall'art. 14, anche i criteri previsti dall'art. 7. Quindi anche la Giunta è d'accordo che la concessione dei contributi avvenga in base all'art. 14 e all'art. 7, come viene richiesto dai consiglieri del gruppo della S.V.P.

Quarto emendamento, a firma Spoegler, Benedikter, Volgger, Brugger: « Le somme stanziare dal presente articolo vanno ripartite in parti uguali tra la provincia di Trento e di Bolzano ».

Infine l'ultimo emendamento, presentato da Volgger, Steger, Brugger, sostitutivo dell'ultimo comma dell'art. 1: « gli assessorati provinciali all'agricoltura provvedono alla concessione e alla liquidazione e al pagamento dei contributi in conto capitale di cui ai commi precedenti, valendosi all'uopo anche dei tec-

nici degli ispettorati provinciali dell'agricoltura ». È una specie di delega, di cui all'art. 14.

Un gruppo di emendamenti fa capo alla « intesa » o « sentiti » e sono i primi tre, un altro emendamento riguarda la divisione fra Province, ed un quinto emendamento riguarda viceversa questa forma di delega dell'art. 14. Io metto in discussione i primi tre emendamenti, quelli che si riferiscono all'« intesa » o al « sentito ».

La parola al cons. Gouthier sul regolamento.

GOUTHIER (P.C.I.): Io penso che il gruppo della S.V.P. debba chiarire prima il rapporto tra gli emendamenti presentati, perché a noi sembra che l'emendamento del con. Volgger ed altri, se viene mantenuto, è sostitutivo dell'emendamento Brugger, almeno così a occhio e croce, e quindi il gruppo presentatore deve mettersi d'accordo, affinché possiamo valutare la posizione, altrimenti penso che non si possa discutere.

PRESIDENTE: Si può chiarire, per altro sono due cose distinte: « avvalersi » e « sentito » o « intesa ».

Comunque, cons. Volgger, prego chiarire.

VOLGGER (S.V.P.): Herr Präsident! Ich möchte zur rein prozedurellen Frage folgendes bemerken! Ich glaube auch, daß der letzte Abänderungsantrag, der die Delegierung vorsieht, als erster abgestimmt werden muß, weil er am weitestgehend ist. Ich möchte zu diesem Abänderungsantrag folgendes bemerken: Wir haben mit Genugtuung aus dem Munde des Kollegen Vinante zur Kenntnis genommen, daß seine Partei nach wie vor auf die Durchführung

des Art. 14 Wert legt. Der Kollege Vinante hat gesagt, er habe Unklarheiten wegen dieser « intesa ». Er wisse nicht, was dan geschehe, wenn man sich nicht einigen könnte usw. Nachdem diese Schwierigkeiten aufgetaucht sind, kehren wir zur echten Delegation auf Grund des Art. 14 zurück, und unser letzter Abänderungsantrag, den wir eingebracht haben, beinhaltet. Bei Durchführung dieses Gesetzes soll den Landesassessoraten übertragen werden und die Assessorate können sich bei ihrer Arbeit auch der Techniker der Inspektorate bedienen. Das ist doch alles sehr einfach, scheint mir. Die Assessorate führen das Gesetz im Wege der Delegation durch und bedienen sich dabei auch der Techniker der Inspektorate. Ich bin im Gegensatz zum Assessor Segnana nicht der Auffassung, daß es sich bei diesem Gesetz um ein rein technisches Gesetz handle. Es sieht immerhin 900 Millionen Lire vor. Und meine Kollegen haben Ihnen doch ausführlich dargelegt, daß die strukturellen Verhältnisse, die Bedürfnisse, die Notwendigkeiten der beiden Provinzen gerade auf diesem Sektor so verschieden sind, daß wirklich eine Delegation auch in diesem Fall uns mehr als angebracht erscheint. Das, was für die Provinz Trient gut sein mag — wir zweifeln nicht daran, daß der Herr Assessor mit bestem Willen dieses Gesetz eingebracht hat —, das kann für die Provinz Bozen nicht gut sein. Die Provinz Bozen kann andere Notwendigkeiten haben. Warum wollen wir also die Durchführung dieses Gesetzes nicht den Landesassessoraten übertragen? Man hat auch bei anderen landwirtschaftlichen Gesetzen, die auch technische waren, z.B. beim Berechnungsgesetz, die Delegation angewendet. Man hat dabei keine besonderen Schwierigkeiten gefunden. Um also den Einwand aus dem Wege zu räumen, daß die « intesa » die Durchführung des Gesetzes behindern könnte,

verlangen wir die echte Delegation, die Übertragung der Durchführung auf die Provinzassessorate.

(Signor Presidente! Sulla procedura vorrei osservare quanto segue. Credo anche che l'ultima proposta di emendamento che prevede una delega, debba essere trattata per prima in quanto è quella che va più lontano. Sulla presente proposta di emendamento vorrei osservare quanto segue: abbiamo sentito con soddisfazione dalla bocca del collega Vinante che il suo partito continua ad attribuire molto valore all'applicazione dell'art. 14. Riguardo all'« intesa », il collega Vinante ha detto che ci sono delle perplessità. Egli non sa che cosa succederebbe se non fosse possibile un accordo ecc. Poiché sono affiorate queste difficoltà, ritorniamo alla vera e propria delega in base all'art. 14, come è detto nella proposta di emendamento da noi presentata per ultima. L'attuazione di questa legge va trasferita agli assessorati provinciali, che per il loro lavoro possono servirsi anche dei tecnici degli Ispettorati. Questo è una soluzione semplicissima, mi sembra: gli assessorati attuano la legge loro assegnata per delega servendosi anche dei tecnici degli Ispettorati. Io non sono del parere che in questo caso si tratti di una legge puramente tecnica: essa prevede pur sempre 900 milioni di lire. I miei colleghi hanno spiegato esaurientemente che le condizioni strutturali, le esigenze, le necessità delle due province sono, proprio in questo settore, tanto diverse da farci sembrare una delega più giustificata anche in questo caso. Ciò che può essere positivo per la provincia di Trento, e non dubitiamo che l'assessore abbia presentato questa legge con le migliori intenzioni, può non esserlo per la provincia di Bolzano. La provincia di Bolzano può avere altre necessità. Perché

dunque non vogliamo assegnare l'attuazione di questa legge agli assessorati provinciali? Anche per altre leggi agrarie che erano contemporaneamente leggi tecniche, per es. la legge sull'irrigazione a pioggia, è stata applicata la delega senza trovare particolari difficoltà. Per eliminare dunque l'obiezione che un'« intesa » potrebbe ostacolare l'attuazione della legge, chiediamo una vera delega, il passaggio cioè di questa attuazione agli assessorati provinciali.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Molignoni.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Sul regolamento. Di fronte ad una ridda di emendamenti del genere, che mi sembravano anche in contrasto l'uno con l'altro, o non capisco se complementari l'uno dell'altro, io la pregherei, signor Presidente, se è possibile, entro pochi minuti, di distribuirli per iscritto questi emendamenti, in modo che si possano esaminare con una certa completezza.

PRESIDENTE: La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): Io stavo per fare la stessa proposta del cons. Molignoni. Effettivamente si tratta di cinque emendamenti di una certa importanza, perché mi pare che siano tutti quanti concettosi. Ci vorrebbero almeno dieci minuti di tempo per esaminarli con quella attenzione che meritano, altrimenti si finirebbe per fare una brutta legge.

PRESIDENTE: La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Darf ich bitte noch einen Vorschlag zum Verfahren vorbringen? Es geht hier um Abänderungsanträge, die nicht alle denselben Gegenstand zum Inhalt haben. Ich glaube, daß zunächst einmal der Regionalausschuß unseren ursprünglichen Abänderungsantrag in zwei Abänderungsanträge geteilt hat. Einer derselben hat zum Inhalt zu Art. 14 auch Art. 7 hinzuzunehmen. Da ich der Meinung bin, daß über diesen Abänderungsantrag Einhelligkeit besteht, würde ich bitten, diesen zuerst zur Abstimmung zu bringen. Wir haben dann noch zwei getrennte Abänderungsanträge hinsichtlich des Wortlautes « nach Anhören » oder « im Einvernehmen ». Nach Abstimmung des ersten Abänderungsantrages über den Art. 7, sollten dann diese zwei weiteren zur Abstimmung gebracht werden. Es hängt dann vom Verhalten des Regionalrates gegenüber diesen Anträgen ab, ob der letzteingebrachte zur Abstimmung gebracht oder zurückgezogen werden soll. Ich glaube, diese Reihenfolge dürfte in diesem Fall klarer sein. Ich weiß nicht, ob ich mich klar ausgedrückt habe.

(Posso fare ancora una proposta sulla procedura? Qui si tratta di proposte di emendamento che non hanno lo stesso contenuto. Credo che la Giunta regionale abbia diviso la nostra originaria proposta di emendamento in due proposte distinte. Il contenuto di una di esse è l'aggiunta, all'art. 14, dell'art. 7. Poiché penso che questo emendamento ottenga l'unanimità, pregherei di votarlo per primo. Abbiamo poi due distinti emendamenti per quanto riguarda le parole « sentito » o « d'intesa ». Dopo la votazione della prima proposta di emendamento sull'art. 7 bisognerebbe mettere in votazione queste due. Dipende poi dall'atteggiamento del Consiglio regionale nei confronti di queste proposte, se l'ultima proposta di emendamento

verrà messa in votazione o ritirata. Credo che tale ordine dovrebbe essere in questo caso più chiaro: non so se mi sono spiegato bene.)

PRESIDENTE: L'ultimo emendamento « gli assessorati provinciali provvedono valendosi anche dei tecnici » viene mantenuto, e allora effettivamente c'è un'alternativa; non si può mettere in discussione un emendamento senza conoscere tutta quanta la situazione, perché è strettamente legata. Sono quattro gli emendamenti. Di fronte alla richiesta dei consiglieri di poter consultare questi emendamenti, io non posso fare altro che accettarla, perché effettivamente qui ci sono degli emendamenti in contraddizione fra di loro. Quindi do alla stampa questi documenti e tra un quarto d'ora riprendiamo la seduta.

(Ore 11.14)

Ore 11.45.

PRESIDENTE: Tutti i consiglieri hanno avuto gli emendamenti? Allora metto in discussione l'ultimo emendamento modificativo del primo comma dell'art. 1, che è quello che si riferisce alla delega; credo che sia pregiudiziale esaminare e decidere su questo emendamento.

Chi chiede la parola sull'ultimo emendamento all'ultimo comma dell'art. 1 che prevede che « gli assessorati provinciali provvedono alla concessione e liquidazioni dei contributi, valendosi allo scopo anche dei tecnici degli ispettorati provinciali dell'agricoltura? ».

La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): Non posso essere d'accordo con l'ultimo emendamento presentato dai consiglieri della S.V.P. e che adesso è in discussione, perché esso contempla una vera e propria delega implicita. Ora io ritengo che se il Consiglio vuole attribuire una delega alle province a norma dell'art. 14 dello statuto, lo debba fare con una norma esplicita. In altre parole, perché questo emendamento possa essere legittimo, dovrebbe suonare diversamente, dovrebbe dire: « La Regione delega alle Province l'esercizio . . . ». Così, grosso modo, dovrebbe essere, secondo me, la formulazione dell'emendamento. Non si può limitarsi ad affermare, come si afferma in questo emendamento, che gli assessorati provinciali provvedono ad attuare questa legge valendosi degli ispettorati provinciali, senza che questa funzione degli assessorati sia prevista da una apposita norma che, ripeto, contempli la delega in senso esplicito. Quindi io sono contrario all'emendamento per ragioni di carattere legislativo, per ragioni di carattere costituzionale, perché qui si tratta di fare applicazione di una norma costituzionale, come l'art. 14 dello Statuto.

PRESIDENTE: La parola al cons. Volgger.

VOLGGER (S.V.P.): Nachdem der Herr Kollege Mitolo formelle Einwendungen rechtlicher Natur gegen diesen Abänderungsantrag erhoben hat, ziehen wir diesen Abänderungsantrag zurück und ersetzen ihn durch folgenden: «L'esercizio delle funzioni amministrative di cui alla presente legge è delegato alle Province di Trento e Bolzano ai sensi dell'art. 14 dello Statuto ».

(Poiché il collega Mitolo ha opposto obiezioni di natura formale nei confronti di que-

sta proposta di emendamento, la ritiriamo sostituendola con la seguente: « L'esercizio delle funzioni amministrative di cui alla presente legge è delegato alle Province di Trento e Bolzano ai sensi dell'art. 14 dello Statuto. »)

PRESIDENTE: Allora l'emendamento è modificato, però si discute sempre su questo. « L'esercizio delle funzioni amministrative di cui alla presente legge sono delegate alle Province di Trento e di Bolzano ai sensi dell'art. 14 », credo che sia chiaro. Discutiamo sempre su questo quindi, quello di prima è stato ritirato. Aveva chiesto di parlare il cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Se è ritirato!

PRESIDENTE: È ritirato, ma viene l'altro adesso.

L'emendamento è ritirato, è sostituito con uno che è la precisa letterale applicazione dell'art. 14. Discutiamo sempre su questo.

La parola all'avv. Odorizzi.

ODORIZZI (D.C.): Vorrei chiedere ai proponenti di questo emendamento di quali funzioni amministrative intendono parlare, quando l'emendamento si aggiunge, a quanto ho capito, in calce all'art. 1, ove è detto che « gli ispettorati provinciali dell'agricoltura provvedono alla concessione, alla liquidazione e al pagamento dei contributi in conto capitale di cui ai commi precedenti ».

PRESIDENTE: La parola al cons. Volgger.

VOLGGER (S.V.P.): L'emendamento dice: « in sostituzione dell'ultimo comma dell'art. 1 ».

In sostituzione, non in aggiunta, così sta scritto nell'emendamento.

PRESIDENTE: La parola al cons. Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): A nome del mio gruppo mi dichiaro favorevole all'emendamento per la delega, così come esposto dal cons. Volgger, cioè con espresso richiamo all'applicazione dell'art. 14 dello statuto. Quindi noi siamo favorevoli alla dizione della delega chiara e netta, mentre saremmo stati contrari alla prima enunciazione.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta.

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): In questa materia è difficile trovare un linguaggio che sia uniforme. L'impostazione della legge — e non dico cose nuove evidentemente, ma ripeto argomenti che già sono stati portati all'attenzione dell'on. Consiglio —, l'impostazione di questa legge ha avuto questo criterio: si attua una certa azione che sul piano del programma fa riferimento alla attività amministrativa della Giunta regionale e, sempre per la formazione da parte della Giunta, in accoglimento anche delle richieste dal Consiglio, si pensa di fare un programma in collaborazione con le due Giunte provinciali.

Questa è la prima fase della legge. Poi c'è una seconda fase, che è la fase istruttoria, di merito, ed è la fase poi addirittura concessio-

nale, liquidazione, pagamento ecc. che, nella proposta della Giunta regionale, è stata decentrata agli ispettorati agrari, seguendo con ciò un criterio, che non è una novità, soprattutto se si fa riferimento, come si fa riferimento in questa legge, agli art. 7 e 14 del Piano Verde che, è noto a tutti, sono gestiti dagli ispettorati agrari. Che cosa si è voluto fare con questo metodo? Si è voluto portare in periferia nella maggiore larghezza possibile la capacità e la possibilità decisionale.

Io non posso non dire al Consiglio che nel momento in cui abbiamo esaminato in Giunta la legge avevamo ipotizzato la possibilità della decisione dell'ispettorato agrario di periferia, addirittura; per evitare questo andirivieni di titolari, questo andazzo, questo giro di carte a destra e a sinistra, questa complicazione che ci è continuamente fatta presente dagli interessati, portiamo le possibilità di decisione più vicino possibile all'operatore e nella fattispecie al contadino, all'agricoltore che beneficerà di questi provvedimenti.

Ed ecco perché allora si è detto: lasciamo le decisioni. L'ultimo comma dice: « Gli ispettorati provinciali dell'agricoltura provvedono alla concessione, alla liquidazione, al pagamento dei contributi in conto capitale » nella maniera più decentrata possibile, in modo che queste pratiche abbiano lo svolgimento più sollecito possibile. Questo è stato lo spirito della Giunta, la quale si è tolta di mezzo come organo amministrativo. Non è la Giunta che delibera il contributo, ed è questa eventualmente l'attività che andrebbe semmai delegata. qualora fosse prevista una attività della Giunta regionale che, esaminate le delibere, prendesse le decisioni anche nel merito, questo tipo di attività potrebbe essere delegato.

Ma che cosa volete delegare nel momento in cui all'organo amministrativo, che è quello

proponente nella fattispecie, che è l'organo titolare della competenza, non esercita funzioni amministrative se non in fase programmatica, e il resto è attuato in fase decentrata dagli ispettorati dell'agricoltura?

Quindi, introdurre gli assessorati provinciali dell'agricoltura vorrebbe dire introdurre un criterio che nel concetto della legge non è stato assolutamente preso in considerazione, perché si è detto una volta fatti i programmi, gli uffici periferici facciano funzionare la legge con le procedure e con i metodi più rapidi possibili, eliminando con ciò anche taluni passaggi e taluni controlli che certamente produrrebbero dei ritardi sul piano dell'iter burocratico di questi provvedimenti.

Ecco perché, partiti da questo concetto, anche la discussione di questi giorni aveva dato atto di una formula che, pur essendo nuova, ed è nuova in parte, è nuova perlomeno a certo tipo di legislazione regionale, presenta tuttavia dei pregi e degli aspetti positivi, perché risponde anche alle domande fatte della differenza di situazione fra le due Province, perché evidentemente gli ispettorati in provincia di Bolzano sono composti da ottimi funzionari capaci e a conoscenza della situazione specifica della provincia di Bolzano e altrettanto è da dire per quanto riguarda la provincia di Trento.

Quindi è vero, anche se 900 milioni, come ha detto il cons. Volgger, sono molti, è vero che è un provvedimento che si è tentato di condurre il più possibile sul piano tecnico, in modo che esso abbia ad essere anche nelle procedure amministrative vicino ai titolari ed avere un iter di svolgimento di procedura burocratica quanto più celere possibile.

Ecco perché la scelta fatta non consente adesso di reintrodurre la forma della delega, perché porterebbe ad un mutamento nel concetto fondamentale della legge che, secondo me,

non comporta forme di delega di attività amministrativa, che la Giunta regionale non esercita, attività amministrativa che in questo momento nella legge, come è stata proposta, è svolta dagli ispettorati. Ecco perché ritengo che, se vogliamo restare coerenti a questa impostazione, non possa restar altro da fare che votare contro la proposta di delega così come è stata formulata.

PRESIDENTE: La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Confesso, signor Presidente, che è stato un poco laborioso riuscire a giungere alla fine di tutte queste proposte che si accavallano l'una con l'altra. Voglio qui esprimere in questo momento quello che è il parere del gruppo liberale.

Innanzitutto, siamo felicissimi che sia stato ritirato quell'emendamento modificativo dell'art. 1 e sostituito con questo, perché è più chiaro, più veritiero in un certo senso. Si chiede la delega ex art. 14, come è stata chiesta per molti altri disegni di legge e come la Giunta, per quello che posso ricordare, e lo possiamo ricordare tutti, caso mai è stata larga nel concedere, specialmente in questi ultimi tempi, piuttosto che restia. È stata piuttosto larga, eccessivamente larga qualche volta, dal nostro punto di vista, piuttosto che restia. Quell'emendamento che è stato ritirato, aveva ragione il collega Mitolo, non poteva assolutamente sussistere, c'era anche un grosso abbaglio. Infatti gli assessorati non sono organi e perciò non possono essere titolari di deleghe; la delega non può essere che fatta alla Provincia, alla Giunta provinciale, nel nostro statuto regionale l'assessorato non è un organo, non può essere titolare di deleghe.

Ma, detto questo, a noi sembra di poter dire che nel nostro intervento in sede di discussione generale avevamo in un certo senso criticato il fatto che venisse data eccessiva discrezionalità a quelli che erano gli organi tecnici. Tenuto conto che c'è anche un emendamento aggiuntivo all'art. 1, presentato da Segnana, Avancini, Dalvit, in cui si affida la responsabilità politica della impostazione dei programmi per l'applicazione di questa legge all'organo che deve essere politico, che è la Giunta regionale, a noi pare che, congiuntamente con questo emendamento aggiuntivo, possa rimanere l'ultimo comma di questo art. 1, in quanto se questa delega è richiesta per un migliore funzionamento, per una migliore conoscenza dei problemi e delle situazioni locali, questa conoscenza ha valore particolarmente e deve aver valore particolarmente sul piano tecnico e gli ispettorati provinciali sono proprio quelli più indicati e più chiamati per la loro stessa costituzione, per i loro stessi compiti, a conoscere più direttamente le situazioni locali della Provincia e a entrare nel dettaglio del caso per caso, una volta però che l'impostazione e la responsabilità politica di questa impostazione generale sia stata mantenuta dalla Giunta regionale stessa.

In sostanza, se i presentatori di questa richiesta di delega hanno veramente e solamente l'intenzione di arrivare a far sì che l'amministrazione possa essere più direttamente a conoscenza e dipendente dalla conoscenza delle situazioni locali, questa sicurezza essi l'hanno nel modo più completo con questo ultimo comma dell'art. 1. Se invece è un'altra ragione che li muove, ed è quella un poco di voler affermare l'istituto della delega come tale, un poco motivazioni di altra natura perché capisco bene che al potere esecutivo faccia sempre comodo avere a disposizione nuovi mezzi, nuovi organi, nuovi strumenti, nuovi modi di affermar-

si, allora veramente abbiano pazienza i colleghi della S.V.P., ma noi su questo piano non possiamo seguirli. E pertanto riteniamo che quello che è lo scopo principale e veramente utile di questo riflettersi nelle situazioni provinciali locali sia già raggiunto attraverso l'ultimo comma di questo art. 1, e che pertanto debba essere mantenuto, e per poterlo mantenere il gruppo liberale dovrà inevitabilmente votare contro l'emendamento di delega proposto.

PRESIDENTE: La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): Di solito quando si propone un emendamento se ne illustrano i motivi che lo hanno suggerito. Qui ci troviamo in presenza di un emendamento, che sostituisce quello che io mi sono permesso di criticare e in seguito alla cui critica esso è stato ritirato, senza che si conoscano le ragioni effettive e reali per cui l'emendamento stesso è stato presentato. Se vogliamo spiegarci le ragioni di questa iniziativa dobbiamo andare per induzione o per illazione. È chiaro che i presentatori vogliono con questo emendamento attribuire alla provincia di Bolzano l'esercizio di una vera e propria delega nella materia, che è oggetto del disegno di legge. È chiaro che questa iniziativa è dovuta a motivi politici, come dicevo poc'anzi. A me piacerebbe sapere in effetti quali sono questi motivi politici, mi piacerebbe cioè saperlo dai presentatori, perché non riesco a pensare che possano esserci invece dei motivi di natura tecnica o amministrativa, perché nessuno più degli organi preposti all'attuazione di questa legge, cioè degli ispettorati provinciali dell'agricoltura, a me pare idoneo ad assolvere un compito come quello dell'erogazione di questi contributi. Anche perché, siccome questa

legge non è altro che l'applicazione in concreto della legge statale e lo Stato si serve proprio degli organi provinciali, degli ispettorati provinciali per l'attuazione delle norme, sia quelle previste dall'art. 7 che quelle previste dall'art. 14 della legge stessa, se noi vogliamo essere coerenti anche per una ragione di carattere pratico, se noi vogliamo essere coerenti con le ragioni che hanno dettato la presentazione di questo disegno di legge, dovremmo anche noi seguire lo Stato e cioè servirci anche noi, come è stabilito dal disegno di legge, degli ispettorati provinciali dell'agricoltura e non di organi politici. E lasciatemi mettere l'accento sulla parola « organi politici », perché le Giunte provinciali o gli assessorati provinciali all'agricoltura sono organi politici veri e propri, specie quelli della provincia di Bolzano, perché noi sappiamo benissimo che ispirano la loro attività prevalentemente a criteri politici, a finalità anzi politiche. Quindi, riassumendo, siccome questa legge non è altro che l'applicazione della legge statale, siccome questa legge ha un contenuto eminentemente di carattere tecnico-economico, io non vedo il motivo per cui si debba far ricorso all'esercizio della delega, non vedo il motivo per cui debba sostituire il carattere tecnico amministrativo contenuto nell'ultimo comma dell'art. 1 che attribuisce agli ispettorati provinciali l'attuazione della stessa legge, non vedo quindi il motivo per cui si debba accogliere una proposta come quella che è stata presentata dai consiglieri della S.V.P.

Naturalmente, dato che la penso così, voterò contro l'emendamento.

PRESIDENTE: La parola al cons. Volgger.

VOLGGER (S.V.P.): Herr Präsident! Nur

ganz kurz. Es überrascht uns nicht, daß der Kollege Mitolo gegen die Delegation im Sinne des Art. 14 ist. Er hat sich konsequent immer gegen solche Delegationen ausgesprochen. Deswegen haben wir gar nicht erwartet, daß er etwa in diesem Fall für die Delegation stimmen wollte. Wenn er aber behauptet, man hätte nicht die Gründe dargelegt, warum wir diese Delegation in der einen oder der anderen Form wollen, müssen wir ihn daran erinnern, daß der Kollege Brugger und auch der Kollege Steger dies gestern ausführlich gesagt haben. Ich brauche also diese Gründe nicht noch einmal zu wiederholen. Wenn der Kollege Mitolo behauptet, das Assessorat sei ein politisches Organ, das nur nach politischen Gesichtspunkten handeln würde, so muß ich ihm scharf widersprechen und zur Ehre der Wahrheit sagen, daß das Assessorat nicht nach politischen Gesichtspunkten handelt, sondern nach wirtschaftlich-technischen Gesichtspunkten, und zwar manchmal, bei aller Wertschätzung der Inspektorate, nach besseren wirtschaftlich-technischen Gesichtspunkten wie die Inspektorate, dies auch deswegen weil das Assessorat der Bevölkerung vielleicht nähersteht, weil es die Bedürfnisse, die Wünsche und die Notwendigkeiten der Bevölkerung wenigstens ebensogut würdigen und verstehen kann wie das Inspektorat. Wir verlangen die Delegation deswegen, weil der Regionalausschuß angetreten ist mit einem Programm, das die Durchführung des Art. 14 vorsieht. Wir sehen nicht ein, warum man in diesem Fall, im Fall eines Gesetzes, das immerhin fast eine Milliarde Lire auswerfen will, die Delegation nicht vornehmen will, während man sie in anderen ähnlichen Gesetzen durchgeführt hat. Die Delegation wäre gerade deswegen notwendig, weil die strukturellen Bedürfnisse und Notwendigkeiten der beiden Provinzen absolut

verschieden sind, wie auch vom Regionalausschuß zugegeben wird.

(Signor Presidente! Parlerò brevemente. Non ci sorprende che il collega Mitolo sia contrario ad una delega secondo l'art. 14. Egli si è sempre pronunciato, con coerenza, contro deleghe del genere, e per questo non ci siamo aspettati che questa volta votasse in favore della delega. Se egli però afferma che non ci sono esposte le ragioni per cui si desidera avere la delega nell'una o nell'altra forma, dobbiamo ricordargli che il collega Brugger ed anche il collega Steger ne hanno parlato ieri esaurientemente. Non occorre dunque che ripeta ancora una volta queste ragioni. Se il collega Mitolo afferma che l'assessorato è un organo politico, che agirebbe soltanto secondo punti di vista politici, devo decisamente contraddirlo e, ad onore della verità, affermare che l'assessorato non lavora secondo punti di vista politici ma secondo punti di vista tecnico-economici e qualche volta, nonostante tutta la stima per gli Ispettorati, secondo principi tecnico-economici più validi di quelli degli Ispettorati, anche perché l'assessorato è forse più vicino alla popolazione, perché può apprezzare e capire almeno altrettanto bene degli Ispettorati i bisogni, i desideri e le esigenze della popolazione. Noi chiediamo la delega perché la Giunta regionale si è presentata con un programma che prevede l'applicazione dell'art. 14. Non vediamo perché in questo caso, trattandosi di una legge che stanziava pur sempre quasi un miliardo di lire, non si voglia dare una delega, mentre la si è data per altre leggi analoghe. La delega sarebbe necessaria appunto perché le esigenze e le necessità strutturali delle due province sono completamente diverse, come del resto ammette anche la Giunta regionale.)

PRESIDENTE: La parola al cons. de Carneri.

de CARNERI (P.C.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, le dichiarazioni rese prima dal signor Presidente della Giunta regionale, ci confortano ulteriormente nell'insistere a favore della delega in base all'art. 14. Io devo rilevare come sia un precedente estremamente pericoloso quello di attribuire ai tecnici e ai funzionari della Regione, che operano nell'ambito degli ispettorati provinciali, il potere di disporre di 800 milioni di lire, praticamente senza una diretta responsabilità politica da parte degli organismi elettivi che sono preposti alla materia. È un precedente pericoloso, è un precedente che non credo trovi degli antefatti, trovi degli altri casi nella storia della nostra legislazione regionale. Sotto la forma di un decentramento tecnico, qui si spoglia praticamente uno dei poteri principali e fondamentali che promanano dalle assemblee elettive. Da una parte la Giunta regionale non ha più il potere diretto di erogare questi fondi. Gli ispettorati, i funzionari, decidono concretamente del come e del dove questo denaro va. Questi funzionari nell'esplicare questo criterio discrezionale, nei confronti di chi sono responsabili se hanno essi il potere? È una questione delicata, è una questione che dovrebbe essere seguita con la massima attenzione da parte del Consiglio regionale. E i consiglieri regionali? I consiglieri regionali, ad esempio, di opposizione, i quali svolgono la loro funzione ispettiva e politica, nei confronti di chi si rivolgono, nel caso di erogazioni di denaro fatte a questo, a quello o a quell'altro? Evidentemente dovrebbero rivolgersi nei confronti della Giunta regionale, ma per quanto riguarda la erogazione concreta di questo denaro e la scelta delle persone a cui va

attribuito, la Giunta regionale non ha più competenze, non ha più potere al riguardo, poiché il potere della legge viene deferito ai funzionari dell'ispettorato. Qui si crea sfasatura, che è pericolosa ed è preoccupante.

Io ritengo e noi riteniamo che la via giusta sia quella di seguire lo Statuto, e cioè di attuare la delega in base all'art. 14 dello Statuto stesso, poiché in questo caso, quanto meno la Giunta provinciale, organo elettivo ed organo politico, sarà responsabile nei confronti della Giunta regionale proprio per la delega che le viene rilasciata, sarà responsabile anche nei confronti dei consiglieri provinciali, i quali possono svolgere la loro funzione ispettiva e politica in quanto consiglieri provinciali. Ma questa forma di decentramento non democratico ma burocratico, da noi non può essere accettata. In linea di massima in ogni questione noi siamo sempre stati favorevoli alla delega come forma di decentramento, ma questo decentramento va sempre fatto ad organismi politici, responsabili e di fronte al Consiglio e di fronte alla popolazione. Per questo noi insistiamo nell'appoggiare la proposta di delega.

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): Nei vari interventi fatti durante questa discussione, e soprattutto nei primi interventi, quelli in discussione generale, mi sembra di essermi sforzato a presentare ai signori consiglieri una panoramica della materia e di avere esposto in forma anche dettagliata quelli che sono gli aspetti principali che riguardano appunto il settore della produzione viticola e della produzione frutticola, che noi intendiamo ammodernare e migliorare con questo disegno di legge.

Ora, se noi teniamo conto di quelle promesse, io penso che non ci possa sfuggire l'importanza in questa situazione che la responsabilità, che tutto il governo della materia sia attribuito a coloro che, per ragioni del loro ufficio, sono a contatto quotidianamente con gli agricoltori, a coloro che sono in grado di individuare le situazioni che necessitano in modo particolare dell'intervento di questa legge, a coloro che sono in grado quindi di svolgere una azione promozionale, a coloro che svolgono perfino una certa attuazione di ordine dirigitico. In questa materia se noi vogliamo dare la possibilità agli interessati di presentare delle domande, di ricevere dei contributi, io sono il primo a dire che non 900 milioni sarebbero necessari, ma che ci vorrebbero perlomeno 4 o 5 miliardi, cioè un plafon di fondi che assolutamente noi non ci sentiamo di poter stanziare e che non avremo la capacità di poter stanziare. Ora, è proprio attraverso gli ispettorati così decentrati, composti di funzionari specializzati nella materia e che hanno quindi una preparazione specifica in argomento, che noi pensiamo di riuscire in maniera più efficace a svolgere un'azione a favore degli interessati.

Qui, signori, purtroppo — lasciate che io lo dica — qui si fa esclusivamente politica, qui si fa politica pura certe volte e non si guarda agli interessi della gente. Se noi andiamo e sentiamo questa gente, se noi andiamo e sentiamo quale è anche la considerazione che essi hanno nei confronti di questi tecnici, abbiamo una chiara dimostrazione che vi è una fiducia e che è una fiducia ben posta, perché questi nostri settori contadini hanno potuto vedere, attraverso anni di esperienza, come l'assistenza di questi nostri tecnici abbia portato, anche con qualche errore inevitabile, abbia portato a dei risultati concreti. Ma io voglio dire ai consiglieri della provincia di Trento: come avrem-

mo rimontato la situazione disastrosa di dieci anni fa nel settore della viticoltura se noi non avessimo avuto un'azione così incisiva e promozionale e dirigitica da parte dell'ispettorato di Trento? Noi ci troveremmo ancora con quei tipi, con quelle varietà di produzioni che oggi non ci consentirebbero di avere quella posizione, almeno per quanto riguarda la provincia di Trento, così di considerazione sul mercato internazionale. La stessa cosa vale anche per altri settori. Ora signori consiglieri, guardiamo all'attuazione pratica. Francamente, signori consiglieri, io vi dico che la nostra classe politica ha una grande responsabilità a continuare su certe strade. Noi attuiamo una burocrazia, attuiamo dei congegni burocratici che sono superiori a quelli che abbiamo nel resto del territorio nazionale. Hanno ragione i nostri contadini quando ci dicono che a Verona le cose sono più semplici. Hanno ragione, a Verona le cose sono più semplici che a Trento e a Bolzano, perché abbiamo una serie di remore burocratiche, che ci impediscono di attuare una politica veramente vicina alla classe contadina, il contadino deve sempre rivolgersi al politico.

E questo non sempre può essere di interesse per coloro che dovrebbero essere i beneficiari di queste nostre leggi.

Scusatemi anche un po' il calore del mio dire, ma è dovuto al fatto che questa materia, signori, l'ho approfondita, e su questa materia ho avuto degli incontri a livello di funzionari dei due ispettorati e dell'assessorato regionale all'agricoltura. Signori, sapete quanti sono i funzionari dei due ispettorati e della Regione di un certo livello, che operano nel settore dell'agricoltura? Sono più di 50.

È possibile non tenere conto anche delle indicazioni che ci vengono da questi tecnici? Io personalmente non posso nutrire la sfiducia che è stata avanzata da parte di qualcuno nei

confronti di questi tecnici perché sono tecnici preparati, forse più preparati di altri tecnici che operano in altre amministrazioni, che operano presso altri enti.

Ora, io penso che dobbiamo vedere la cosa dal punto di vista tecnico. Lo ripeto ancora, noi attraverso questa legge possiamo veramente attuare delle iniziative valide, ma le possiamo dirigere attraverso quegli organi che sono a conoscenza dei problemi e sono in grado veramente, avvicinando i contadini, di poter impostare con loro queste azioni. Mi riferisco in modo particolare a quella prevista dal secondo comma dell'art. 1, cioè quella che riguarda la possibilità di effettuare una certa commassazione tecnica.

Scusatemi se io insisto ancora un'altra volta: l'art. 14, abbiamo detto, prevede « normalmente » che le funzioni siano delegate alle Province; ma qui noi abbiamo dei motivi di politica agraria, signori, dei motivi di adozione di una linea di politica agraria che vediamo meglio attuata attraverso gli ispettorati provinciali.

Signori, io sono sempre combattuto, in occasione delle discussioni dei bilanci della Regione, circa gli indirizzi di politica agraria. Ma, signori, in questo modo io ad un certo momento nei prossimi anni dovrò rispondere: rivolgetevi, cari consiglieri, alle Province. Ma se vogliamo avere un certo indirizzo di politica agraria, dobbiamo avere la possibilità di attuare anche questo indirizzo.

Per le altre leggi, io l'ho detto precedentemente, per quelle dell'irrigazione, dei magazzini ecc., noi abbiamo un coordinamento con le Province e abbiamo la possibilità di poter attuare anche queste linee di politica agraria tranquillamente attraverso le Province, ma in questo settore noi riteniamo che sia molto meglio agire in questo modo, anche in considerazione

dell'attrezzatura tecnica delle Province. Io so che a Bolzano esiste una attrezzatura migliore che in provincia di Trento, comunque non è un'attrezzatura come quella che dispone l'ispettorato, ma in provincia di Trento penso che sia a tutti nota la situazione di una attrezzatura di ordine tecnico, che è notevolmente inferiore a quella che potrebbe essere la necessità di attuazione di una legge come questa.

Rispondendo in modo particolare a una obiezione fatta dal cons. de Carneri, ribadisco che noi non lasciamo agli ispettorati agrari la possibilità di fare ed attuare tutto quello che vogliono, anzi noi abbiamo previsto con un emendamento — ma la cosa non era necessaria, perché quando citiamo l'art. 14 del Piano Verde abbiamo già di per sé fatto notare che si fa riferimento a una legge che prevede appunto la necessità di predisporre dei programmi annuali, — noi abbiamo la possibilità di mettere in attuazione questa legge con l'approvazione dei programmi. Che poi l'ispettorato agrario dia il contributo a Tizio o a Caio, signori, io penso che non dovrebbe essere una cosa che ci interessa; a noi dovrebbe interessare che l'ispettorato ci dica: signori, nella Valle di Non, in considerazione dell'importante ed urgente problema della sostituzione o del ridimensionamento della renetta del Canada, pensiamo di attuare nel 1966 questo e questo, pensiamo di attuare in questi paesi questa azione; e noi, quando approviamo questi programmi d'intesa, sentite le Giunte provinciali, abbiamo assolto un compito sufficiente dal punto di vista politico. Andare a sindacare se il contributo venga concesso a Tizio o a Caio, mi sembra sia assolutamente inutile. Lasciamo pure agli organi dell'ispettorato agrario il compito di valutare la situazione, di vedere come possa essere organizzata la concessione dei contributi, e mi sembra che l'approvazione dei programmi possa essere sufficiente.

Comunque io posso dire questo: attraverso un regolamento, attraverso delle direttive che potremmo dare per la legge, noi siamo in grado di regolare meglio anche questa materia e di stabilire eventualmente dei criteri, che dovranno essere adottati per amministrare questa legge.

Comunque, se chiediamo l'opinione ai singoli interessati di come funziona il tipo di interventi previsto dal Piano Verde, avremo una dimostrazione precisa e chiara che le cose sono andate bene.

PRESIDENTE: La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Sicherlich wäre es besser, wenn wir einmal zur Erledigung dieser leidigen Angelegenheit kommen würden, die jetzt die Gemüter etwas stark in Bewegung gebracht hat. Aber ich kann einige Behauptungen, die hier anlässlich dieses Abänderungsantrages gemacht worden sind, leider nicht unwidersprochen lassen. Bereits Dr. Volgger hat zum Vorwurf, die Stellen des Landesausschusses, z.B. das Assessorat für Landwirtschaft ließe sich in seiner Tätigkeit nur von politischen, ja sagen wir ruhig parteipolitischen Erwägungen leiten, Stellung genommen. Ich glaube, wir können hier schon die entsprechenden Gegenbeweise liefern. Und der Regionalratsabgeordnete Mitolo möge sich die Mühe nehmen, die Beschlüsse bzw. die einzelnen Verwaltungsakte der Landesverwaltung unter die Lupe zu nehmen, denn diese werden ja, zum Unterschiede von jenen der Region, veröffentlicht. Er nehme sich jeden Verwaltungsakt unter die Lupe und komme dann mit den Vorwürfen, daß wir hier, was die Landesverwaltung Bo-

zen betrifft, nur politische Verwaltung vornehmen. Ich glaube, daß uns ein solcher Vorwurf in keiner Weise gebührt.

Zweitens hat es geheißen — und nehmen wir das zur Kenntnis —, daß die regionale Agrarpolitik in der Region gemacht wird und von ihr verantwortet wird. Ich bin gerne bereit, auch die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen. Ich habe mir nur des öfteren erlaubt zu sagen, daß die Agrarverhältnisse in der Provinz Bozen wesentlich anders sind als jene in der Provinz Trient und daß deswegen gerade auf dem Sektor der Landwirtschaft, die auf Grund der tatsächlichen Lage unter dem Begriff « normalmente » des Art. 14 fällt, eine Delegation der Verwaltung notwendig wäre. Wenn gesagt wird, die Techniker anderer Körperschaften seien nicht auf der Höhe jener der Landwirtschaftsinspektorate, so nehme ich an, daß dabei die Techniker der Landesverwaltung Bozen gemeint sind. Ich möchte hier nicht ein Werturteil abgeben — es mag sein, daß es stimmt. Wir haben jedenfalls anlässlich dieser Diskussion erklärt, daß wir Interesse haben, daß die Techniker des Landwirtschaftsinspektorates mit jenen der Landesverwaltung Bozen zusammenarbeiten. Ich bin gerne bereit, die bessere Leistung anzuerkennen und die besseren Kenntnisse anderer anzunehmen. Wir sind nicht so eitel, zu glauben, daß wir das Beste hätten, was es unter dem Himmel gibt. Ich bedauere nur, daß auch bei diesem Art. 1 zwei Kriterien bestehen, die wir annehmen oder über die wir diskutieren könnten, nämlich: Sollen wir die Verwaltung der Geldmittel, die hier vorgesehen sind, in die Hände der Beamten, der sogenannten « funzionari », geben oder wie es auf regionaler und provinzieller Ebene bis jetzt immer der Brauch war, in die Entscheidungsbefugnis des Regionalausschusses, bzw. des Landesausschusses? Der

Grüne Plan — und das stimmt — gibt die Entscheidungsbefugnis in die Hände der Beamten und muß sich daher nach dem zentralistischen System bei diesen Maßnahmen der Beamten bedienen. Wir können die Grundsätze der Förderungsmaßnahmen, die im Art. 14 und im Art. 7 des Grünen Planes verankert sind, ohne weiteres annehmen und könnten, wenn die Region ein eigenes Gesetz schafft, die Verwaltung dann etwas anders als in diesen Artikeln 14 und 7 vorgesehen, regeln. Und diese andere Regelung wäre damit gemeint gewesen, wenn wir jetzt in diesem Abänderungsantrag die Delegation der Verwaltungsfunktionen auf die Provinzen vorgeschlagen haben. Die Verwaltungsgebarung würde also von den kollegialen Organen — Landesausschuß, Regionalausschuß — vorgenommen. Gewiss, man kann den Beamten die Verantwortung auch der Verwaltung zuteilen, wenn gemäß Art. 14 und Art. 7 des Grünen Planes ein klares Programm seitens der zuständigen Stelle, in diesem Falle also seitens des Regionalausschusses, gegeben wird. Dann befindet sich die Verwaltung, die in den Händen der Beamten schwerpunktmäßig liegt, in einem Rahmen, wo man nicht mehr sehr viel anstellen kann sodaß die Verantwortung von diesen Beamten getragen werden kann. Ein solcher Standpunkt wäre vertretbar. Und demgegenüber gleich vertretbar, glaube ich, ist die Delegation. Man sagt, mit der Delegation würde die Bürokratie steigen. Ich bitte den Regionalausschuß jetzt sehr darum, mir alle Mängel aufzuzeigen, die in der delegierten Verwaltung auf dem Sektor der Landwirtschaft in der Provinz Bozen vorgekommen sind. Meines Dafürhaltens — und ich verfolge diese Art der Verwaltung sehr — haben wir gezeigt, daß wir, mit Ausnahme einer einzigen Verwaltungseinwendung seitens des Regionalausschusses, imstande sind, alles im Verhältnis

rasch und reibungslos vorzunehmen. Ich beziehe mich auf das Genossenschaftsgesetz, auf das Berechnungsgesetz, auf das Gesetz zur Förderung des Genossenschaftswesens und auf alle die delegierten Gesetze, die seitens der Landwirtschaftlichen Dienststellen des Landesausschusses vorgenommen werden. Ich wäre wirklich um eine Belehrung und um eine Kritik dankbar, sowie wenn man dieser Art der Verwaltung, wie sie bisher im Sinne des Art. 14 durchgeführt worden ist, leichte oder auch schwere Mängel, besonders hinsichtlich der Bürokratie, nachweisen könnte.

Es tut mir leid, daß man hier direkt und indirekt Behauptungen aufstellt, nach denen wir mit der Delegation nichts weiteres getan hätten, als die Bürokratie aufzubauschen und unseren Leuten durch Verzögerung in der Zuerkennung der entsprechenden Rechte, Nachteile zu bringen. Das ist etwas, was wirklich geklärt sein muß. Bitte, konkrete Fälle heraus! Wir sind uns in dieser Hinsicht wirklich nicht bewußt etwas falsch gemacht oder überbürokratisiert zu haben. Im Gegenteil, was die Delegation auf dem Sektor Landwirtschaft und Genossenschaftswesen betrifft, kann ich Ihnen, und ich bitte es zu überprüfen, erklären, daß alle betreffenden Maßnahmen von einem Beamten mit einer Schreibkraft getroffen werden und daß dieser Beamte außerdem noch andere Dienstaufgaben hat. Das ist der Sektor der delegierten landwirtschaftlichen Befugnisse in der Provinz Bozen. Dies wollte ich in diesem Falle wirklich klargestellt haben, weil ich mir ungerne gefallen lasse, daß Beamte die im Bereich der delegierten Befugnisse der Region arbeiten und zur Landesverwaltung gehören, für die allzu starke Verbürokratisierung der Dinge beschuldigt werden. Wir müssen uns da schon erinnern, daß auch die Gesetze selbst oft bürokratisch sind. Ich habe mich z.B. schon des öfteren bei

Gesetzen, bzw. bei Kreditgesetzen, gegen Haktjahresraten gewehrt, weil man damit sehr häufig die doppelte Arbeit vornehmen muß, die an sich nicht notwendig wäre. Ich kann die Protokolle über Interventionen, die ich ein anderes Mal gemacht habe, zur Verfügung stellen.

Wird die Delegation in diesem Falle abgelehnt, weil man der Ansicht ist, daß man die vom Grünen Plan vorgesehene Verantwortung der Beamten mehr herausstreichen muß, dann werde ich mich fügen, muß aber darauf aufmerksam machen, daß wir hier in unser regionales Verwaltungssystem einen neuen Grundsatz einführen, den wir von der Staatsverwaltung übernehmen, also bestrebt sind, Verwaltungsakte, ob gut oder schlecht, von den Kollegialorganen der Verwaltung, wie Landesauschuß und Regionalauschuß, in die Hände von Beamten selbst zu geben. Diese meine Stellungnahme soll aber nicht dazu angetan sein, um eventuell den Beamten selbst, die beim Landwirtschaftsinspektorat Bozen arbeiten, ein Mißtrauensvotum auszudrücken. Ich erkenne ihre technischen Fähigkeiten an; ich wäre nur froh, wenn man auf echter gleichwertiger Ebene zusammenarbeiten könnte, um möglichst Doppelgeleisigkeiten auszuschalten.

(Sarebbe senz'altro meglio se riuscissimo una volta a sbrigare questa spiacevole faccenda che ha messo tutti piuttosto sossopra. Purtroppo non posso tralasciare di contraddire alcune affermazioni fatte qui in occasione di questa proposta di emendamento. Già il dott. Volgger ha preso posizione sul rimprovero fattoci, secondo cui gli uffici della Giunta provinciale, per es. l'assessorato all'agricoltura, si lascerebbe guidare nella loro attività soltanto da considerazioni politiche, diciamo pure tranquillamente di politica di partito. Credo che in questo caso possiamo già fornire le prove del contrario, ed

il consigliere Mitolo voglia prendersi il disturbo di esaminare attentamente le singole deliberazioni e gli atti amministrativi dell'amministrazione provinciale: essi infatti, a differenza di quelli della Regione, vengono pubblicati. Che egli esamini molto attentamente ogni atto amministrativo e torni poi a rimproverarci di fare, nell'amministrazione provinciale di Bolzano, un'amministrazione soltanto politica. Credo che un rimprovero del genere non sia assolutamente giustificato.

Si è detto poi, e noi ne prendiamo nota, che la politica agraria regionale si fa in Regione e che è la Regione a portarne la responsabilità. Sono dispostissimo a tirare da questa affermazione le conseguenze che vi sono implicite. Spesso mi sono permesso di affermare che le condizioni dell'agricoltura in provincia di Bolzano sono essenzialmente diverse da quelle della provincia di Trento e che perciò proprio nel settore dell'agricoltura, che in base alla sua situazione effettiva rientra nell'espressione « normalmente » dell'art. 14, è necessaria una delega dei poteri amministrativi. Quando si afferma che i tecnici di un altro ente non sono all'altezza di quelli degli Ispettorati all'agricoltura, penso che si intendano i tecnici dell'amministrazione provinciale di Bolzano. Non vorrei esprimere qui un giudizio di merito, può anche essere che ciò sia vero.

In questa discussione noi abbiamo in ogni caso dichiarato di aver interesse a che i tecnici degli Ispettorati agrari collaborino con i tecnici dell'amministrazione provinciale di Bolzano. Sono dispostissimo a riconoscere le migliori prestazioni e ad ammettere le migliori condizioni di altri: non siamo tanto vanitosi da credere di avere il meglio sotto il sole. Mi dispiace soltanto che anche per questo art. 1 ci siano due criteri, che potremmo accettare o discutere, e cioè: Dobbiamo assegnare l'ammi-

nistrazione dei fondi previsti nella legge agli impiegati, ai cosiddetti funzionari, o, come è stata finora abitudine su piano regionale o provinciale, conservarla al potere di decisione della Giunta regionale o provinciale? Il Piano Verde, e ciò è esatto, assegna il potere di decisione ai funzionari e deve perciò servirsi per queste misure, secondo il sistema accentrato, appunto di funzionari. Noi possiamo accettare senz'altro i principi delle misure di incremento, ancorati negli articoli 14 e 7 del Piano Verde, e potremmo, se la Regione creasse una legge propria, organizzare l'amministrazione in modo lievemente diverso da quanto prevedono questi articoli 7 e 14. Proponendo ora, nel nostro emendamento, la delega delle facoltà amministrative alle due Province, abbiamo appunto inteso questa diversa organizzazione. La gestione amministrativa verrebbe dunque assunta dagli organi collegiali, cioè dalla Giunta provinciale e dalla Giunta regionale. È senz'altro possibile assegnare ai funzionari anche la responsabilità dell'amministrazione, se gli uffici competenti, in questo caso la Giunta regionale, compileranno un chiaro programma in base agli art. 14 e 7 del Piano Verde. In tal caso l'amministrazione, il cui centro di gravità è nelle mani dei funzionari, è contenuta entro limiti che non lasciano molto margine all'azione, di cui perciò i funzionari possono portare la responsabilità. Un punto di vista del genere sarebbe senz'altro sostenibile, come, credo, sostenibile sarebbe l'altra soluzione, quella della delega. Si afferma che con la delega si avrebbe un incremento della burocrazia: vorrei pregare ora la Giunta regionale di citarmi tutte le mancanze riscontrate in Provincia di Bolzano nelle amministrazioni delegate in materia di agricoltura. Secondo me, ed io seguo attentamente questo tipo di amministrazione, abbiamo dimostrato di essere in grado, con un'uni-

ca eccezione di un'obiezione amministrativa da parte della Giunta regionale, di sbrigare ogni pratica con relativa rapidità e senza intoppi. Mi riferisco alla legge sulle cooperative, alla legge sugli impianti di irrigazione a pioggia, alla legge per l'incremento della cooperazione ed a tutte le leggi in delega assunte dagli uffici dell'assessorato all'agricoltura della Provincia. Io sarei veramente grato di ogni insegnamento o critica, come pure se mi si potessero indicare difetti lievi od anche gravi in questo tipo di amministrazione, com'è stata attuata finora in base all'art. 14, specialmente dal punto di vista della burocrazia.

Mi dispiace che qui si facciano, direttamente ed indirettamente, affermazioni da cui sembra che con le deleghe non abbiamo fatto nient'altro che gonfiare la burocrazia e procurare svantaggi alla nostra gente procrastinando il riconoscimento dei loro diritti. Questo è un aspetto che va veramente chiarito. Per favore, citate casi concreti! A questo proposito non abbiamo coscienza di aver sbagliato o di aver ecceduto nella burocratizzazione. Anzi per quanto riguarda le deleghe nel settore dell'agricoltura e della cooperazione, posso dichiarare, e vi prego di controllarlo, che tutte le misure relative vengono prese da un solo impiegato con una segretaria e che questo funzionario ha oltre a ciò altri compiti di servizio. Questo è dunque il settore delle competenze delegate per l'agricoltura in Provincia di Bolzano. In questo caso volevo chiarire tutto ciò perché accetto malvolentieri che funzionari operanti nel campo delle facoltà delegate dalla Regione ed appartenenti all'amministrazione provinciale, vengano incolpati dell'eccessiva burocratizzazione. Dobbiamo ricordare qui che le leggi stesse sono spesso burocratiche. Mi sono per es. spesso opposto alle rate semestrali previste in alcune leggi, cioè in leggi per la concessione di

crediti, per la ragione che esse richiedono un doppio lavoro di per sè non necessario. Posso mettere a disposizione i verbali di interventi che ho fatti in altra occasione.

Se la delega venisse in questo caso rifiutata perché si è del parere che bisogna dare maggiore rilievo alla responsabilità, prevista nel Piano Verde, dei funzionari, allora mi adatterò; devo però far notare che introduciamo così nel nostro sistema amministrativo regionale un nuovo principio preso dall'amministrazione statale, cioè la tendenza ad affidare ai funzionari che sia bene o che sia male, atti amministrativi che erano in mano agli organi collegiali dell'amministrazione, come le Giunte provinciali e regionale. La mia presa di posizione non vuole essere però un'espressione di sfiducia nei confronti dei funzionari che lavorano presso l'Ispettorato all'agricoltura di Bolzano: riconosco le loro doti tecniche e sarei contento se fosse possibile collaborare su un piano di vera parità per escludere il più possibile l'eventualità di procedere su binari paralleli.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore Segnana.

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): Rispondo brevemente, solo per dire che il significato e lo spirito delle mie parole non sia stato capito in quella che era la lealtà mia, cioè mi sembra che alle parole che sono state da me, pronunciate sia stato dato un significato più pesante di quello che era nelle mie intenzioni. Quindi, per non riprendere tutto il discorso fatto in questo momento dal cons. Brugger, devo dire che alcune osservazioni che avevo fatte io, non era nella mia intenzione di dirle. Quindi determinati apprezzamenti

soprattutto su persone, su funzionari, e anche sul funzionamento delle leggi delegate, io non li ho fatti, anzi ho dato atto che soprattutto per quelle leggi che sono delegate attualmente le cose funzionano bene e vi è un coordinamento fra le iniziative svolte fra gli ispettorati e le Province. Ho detto che con questo tipo di legge mi sembrava che noi andavamo ad appesantire una burocrazia, e facevo riferimento a tutta la serie di critiche che vengono svolte nell'ambiente contadino, e di queste critiche io penso che dobbiamo tenere conto quando ci presentiamo con un provvedimento che vogliamo sia veramente a favore della categoria contadina.

PRESIDENTE: Allora io pongo in votazione l'emendamento che sostituisce l'ultimo comma dell'art. 1, in base al quale l'esercizio delle funzioni amministrative è delegato alle province di Trento e Bolzano, a sensi dell'art. 14: respinto con 12 voti favorevoli e 23 contrari.

Passiamo agli altri emendamenti. Mettiamo in votazione il primo, a firma Brugger, Kapfinger, Steger, Volgger, il quale aggiunge alla fine del primo comma: « è autorizzata ad attuare e favorire iniziative, secondo i criteri previsti dagli art. 7 e 14 della legge statale, d'intesa con gli assessorati provinciali all'agricoltura di Trento e Bolzano ».

Chi è d'accordo su questo emendamento? Respinto con 10 voti favorevoli, 22 voti contrari e 4 astensioni.

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): Volevo dire che l'emendamento più breve, il secondo, deve essere fatto prima, cioè l'introduzione dell'art. 7 deve essere...

PRESIDENTE: Sì. Emendamento della Giunta, che dice: « secondo i criteri previsti dagli art. 7 e 14 ». Pongo in votazione questo emendamento approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Pongo in votazione l'emendamento aggiuntivo all'art. 1: « Gli ispettorati predisporranno programmi annuali di attività che saranno approvati dalla Giunta regionale, sentite le Giunte provinciali di Trento e di Bolzano ».

La parola al con. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Le difficoltà, signor Presidente, che sono sorte e che obiettivamente bisogna riconoscere, in occasione della presentazione di questo disegno di legge, dipendono un poco da quanto, a mio avviso, giustamente ha detto nel suo intervento in discussione generale il cons. de Carneri. Noi stiamo facendo qui una legge che ha un carattere misto, perché è una legge regionale che recepisce parte delle norme e delle disposizioni di una legge dello Stato, cerchiamo un poco di applicarle, e nel contesto dell'autonomia regionale e di questi difficili rapporti con le Province non è che la applicazione possa essere tanto facile, come nel momento in cui la Regione amministra la 454, la quale è stata prevista per tutto il territorio dello Stato.

Ora, si è cercato un poco di venire incontro e di sciogliere queste difficoltà con una serie di emendamenti e nel corso della discussione di questi emendamenti sono sorte osservazioni e considerazioni, delle quali non si può non tener conto. Ho già detto nel precedente intervento che in sede di discussione generale ero rimasto anch'io un poco perplesso di questo affidamento completo delle responsabilità a degli organi tecnici, un affidamento così completo che viene in un certo senso a creare il

dubbio che la Giunta rinunci a qualche cosa al quale non può rinunciare, perché è vero che la Giunta ha sempre una responsabilità di natura politica, è vero che la Giunta ha sempre una responsabilità di natura morale e che si può sempre chiamare la Giunta di fronte a queste responsabilità, ma è altrettanto vero che la Giunta ha un compito istituzionale al quale non può assolutamente derogare. L'amministrazione è della Giunta, e l'amministrazione è esercitata, per delega della Giunta, alle Province; qualche volta abbiamo fatto anche delle deleghe di natura un poco abnorme, come quella per esempio della legge alberghiera, delegata agli EPT, qualche volta abbiamo fatto delle deleghe meno abnormi ma che non è che ci abbiano dato proprio molta soddisfazione, come quella per esempio per il pagamento degli assegni ai vecchi bisognosi, fatti agli ECA. Ma qui eravamo comunque di fronte ad una delega che dava una responsabilità a degli organi o a degli enti considerati tali dalla legislazione italiana e anche all'interno della nostra Regione. Qui c'è qualche cosa che mi pare debba essere tenuto presente e che ha portato noi e anche il cons. de Carneri a presentare un nuovo emendamento, che poi il signor Presidente vorrà avere la compiacenza di leggere e di mettere in discussione. Questo emendamento « gli ispettorati predisporranno programmi annuali di attività, che saranno approvati dalla Giunta regionale, sentite le province di Trento e di Bolzano » ho detto nel precedente intervento che in un certo senso scioglieva quella perplessità che io avevo di vedere la Giunta completamente privata — e non ha il potere di privarsi, non ha il potere e il diritto di rinunciare —, privata di quella che è la sua responsabilità amministrativa. Almeno da un punto di vista della programmazione annuale, la Giunta manteneva in sé il diritto di delibe-

rare e conseguentemente la responsabilità, e la introduzione del « sentite le province di Trento e di Bolzano » dimostra anche come si sia cercata una strada, coerente con la realtà, per volere mantenere contemporaneamente nella sua sede legittima l'esercizio di questo disegno di legge e di sentire però contemporaneamente anche le due Province interessate, tenuto conto che nella preparazione, nella predisposizione di questi programmi, potrà in quella sede farsi risaltare e prendere le conseguenti deliberazioni, intorno a quella diversità delle condizioni dell'agricoltura in provincia di Trento, rispetto alle condizioni dell'agricoltura in provincia di Bolzano. Ma non mi pare che questo emendamento aggiuntivo all'art. 1, al quale nel complesso noi siamo favorevoli, sia ancora capace di sciogliere l'altra questione portata qui nel mio intervento in discussione generale, ribadito più chiaramente dal cons. de Carneri in sede di discussione generale e anche recentemente, di questa che io considero una anomalia veramente, cioè del fatto che un organo amministrativo si priva, rinuncia, e non può farlo, alle proprie responsabilità, ai propri poteri e doveri.

Ripeto, se noi non avessimo preso dalla legge statale qualcuna di queste norme e non le avessimo immesse all'interno della legge regionale, non credo che mai sarebbe passato nell'anticamera del cervello di nessun assessore proponente di prevedere che la concessione dei contributi, invece che essere fatta dalla Giunta regionale, venga fatta dagli uffici, perché di uffici si tratta, di veri e propri uffici.

Quindi siamo incorsi in queste difficoltà perché è stata recepita una legge dello Stato.

Io mi rendo ben conto che esiste la responsabilità del Ministro dell'agricoltura in sede nazionale per tutto quello che vien fatto dagli uffici periferici, ma nel momento in cui

noi recepiamo, all'interno di una norma regionale, questa norma dello Stato, noi vediamo mancare da una parte la responsabilità del Ministro dell'agricoltura, e nel momento in cui la Regione si sostituisce per l'esercizio di una legge statale, vediamo mancare la responsabilità indiretta della Regione nei confronti degli organi centrali. E qui in sostanza noi diciamo questo, e mi pare che abbiamo ragione quando si è intervenuto anche da altri settori su questo argomento: noi prendiamo i 900 milioni, li diamo agli uffici e diciamo agli uffici: noi facciamo un piano di natura generale e poi voi, uffici, fate di questi 900 milioni anche quello che deve fare la Regione e al quale dovere la Regione, a mio avviso, non può assolutamente rinunciare. Per cui mi sembra che dovrebbe essere corretto, anche proprio per quanto riguarda i rapporti costituzionali interni tra Giunta, Governo e amministrazione, che a questo emendamento aggiuntivo all'art. 1 venisse aggiunto un ulteriore emendamento aggiuntivo, che noi abbiamo presentato e che prego adesso il signor Presidente di voler leggere, un emendamento correttivo dell'ultimo comma, dove si prevede di togliere agli ispettori provinciali dell'agricoltura la facoltà di concessione dei contributi. La Giunta regionale, dato che la delega è stata esclusa, la Giunta regionale è responsabile della concessione dei contributi, ed è la Giunta regionale che questa responsabilità deve assumersi, sia per una corretta applicazione di quelle che sono le norme generali del diritto, sia anche per una responsabilità di natura politica e morale. Perché io debbo contestare una affermazione sua, signor assessore. Io capisco la opportunità di snellire, di fare in fretta, ed è giusto che a queste categorie interessate non si dia l'impressione di dover fare spese volte un'infinità di cose che, specialmente il popolo, ritiene che potrebbero essere più facilmente su-

perate e sciolte, ne abbiamo parlato per esempio in occasione dei consorzi antigrandine; capisco anche il valore delle decisioni, non delle deliberazioni, ma delle decisioni degli organi e degli uffici tecnici; capisco anche, e non sarà da questi banchi che vi verrà un rimprovero, la necessità di limitare quella che è la discrezionalità degli organi politici; non capisco però la rinuncia alla responsabilità che gli organi politici devono sempre in questo campo mantenere. E non è vero che non interessi al cittadino, e non è vero particolarmente che non interessi a noi qui dentro, e meno che meno non è vero che non interessi a noi delle minoranze, come ha detto lei, se riceve Tizio invece di Caio. Non è una cosa che non ci può non interessare, non è una cosa che non ci può non stare a cuore. Noi, come minoranze, e l'opinione pubblica, e tutti i possibili interessati a fruire dei benefici di questo disegno di legge, hanno il diritto di avere di fronte un responsabile e non soltanto degli uffici, che si schierino dietro delle motivazioni di natura tecnica. Ora la responsabilità c'è sempre, di natura morale e di natura politica, ma qui avete distrutto la responsabilità amministrativa diretta. Per esempio, quante volte nel passato non abbiamo avuto occasione, noi delle minoranze di fare dei rilievi, che poi sono stati ripresi dal Governo? Abbiamo concesso dei contributi per i lavori pubblici a degli enti che non avevano neanche i requisiti voluti dal codice civile! Mi pare che più tiratina di orecchi e maggiore critica non si possano avere. Dunque lasciamo stare, ma è certo che se viene dato a Tizio invece che a Caio è una cosa che ci interessa, e ci interessa non soltanto sul piano tecnico, ci interessa anche perché vogliamo che ci sia il controllo diretto di tutto il Consiglio e particolarmente delle minoranze sul modo in cui i fondi distribuiti su questo disegno di legge vengono asse-

gnati piuttosto all'uno che all'altro.

Per cui, una delle due, o si parla che gli ispettorati predisporranno dei programmi annuali di attività di dettaglio, nei quali siano previsti anche nominativamente o sulla base delle particelle i territori ai quali vengono dati quei contributi, o altrimenti bisogna ritornare all'indietro e bisogna che sia la Giunta, su proposta dell'assessorato, che delibera la concessione dei contributi, lasciando poi agli ispettorati provinciali dell'agricoltura la liquidazione e il pagamento dei contributi stessi, e se volete anche usando ancor maggiormente della capacità tecnica, concreta degli ispettorati provinciali dell'agricoltura facendo sì che siano essi stessi magari a fare la proposta all'assessorato, il quale poi la riporta in Giunta, ma a me pare inevitabile che si debba mantenere fermo che è l'organo amministrativo, costituzionalmente previsto, a mantenere in se stesso la responsabilità delle delibere di concessione dei contributi. In questo senso è orientato l'emendamento che abbiamo avuto l'onore di sottoporre all'on. Consiglio.

PRESIDENTE: L'emendamento presentato dai cons. Corsini, de Carneri e Agostini, ha carattere prioritario rispetto a quello della Giunta, nel senso che se dovesse essere accolto annullerebbe quello della Giunta. Secondo me, ha carattere prioritario perché prevede una situazione diversa da quella prevista dall'emendamento della Giunta. Lo voglio dire, senza entrare nel merito, perché desidero metterlo in discussione prima di quello della Giunta.

L'emendamento modificato è questo: « La Giunta regionale, su proposta dell'assessorato all'agricoltura delibera la concessione dei contributi; gli ispettori provinciali all'agricoltura provvedono alla liquidazione e al pagamento dei contributi in conto capitale ». Il cons. Cor-

sini l'ha illustrato, io lo metto in votazione se nessun altro prende la parola.

La parola al cons. de Carneri.

de CARNERI (P.C.I.): Molto brevemente, signori consiglieri, per rilevare come, a mio avviso, la parte dell'art. 1, che viene modificata dall'emendamento testé presentato, non è legale, a mio modo di vedere non è in regola con le prescrizioni dello Statuto regionale. Bisogna tenere presente che in base all'art. 38 dello Statuto, alla Giunta regionale è deferita l'attività amministrativa per gli affari di interesse regionale.

Quindi è la Giunta regionale che esplica questa attività amministrativa, e non un qualsiasi ufficio della Regione. A mio modo di vedere la legge, così come è elaborata, qualora non venisse emendata, sarebbe in contrasto con lo Statuto e quindi sarebbe anticostituzionale. Tralascio le implicazioni politiche, poiché qui si tratta anche di implicazioni politiche, che la impostazione resa dalla Giunta avrebbe e che ho illustrato prima, ma io mi ancora solamente a questo fatto, e anche all'art. 13, il quale recita: « nelle materie e nei limiti entro i quali la Regione o la Provincia può emanare norme legislative, le relative potestà amministrative, che in base all'ordinamento preesistente erano attribuite allo Stato, sono esercitate rispettivamente dalla Regione e dalla Provincia », poi all'art. 38 dove si precisa che l'organo è appunto la Giunta regionale.

Ora io ritengo e dichiaro che è semplicemente inammissibile che questo potere attribuito da una norma costituzionale alla Giunta regionale venga deferito sic et simpliciter ad un qualsiasi ufficio della Regione. Questa è la questione, e prego i signori consiglieri di riflettere sulla cosa, perché non è una cosa da pren-

dersi alla leggera, poiché qui effettivamente si sta in sostanza cambiando quello che è il funzionamento essenziale della Regione e si sta urtando contro due norme costituzionali.

PRESIDENTE: Rileggo questo emendamento modificativo dell'ultimo comma: « La Giunta regionale, su proposta dell'assessorato all'agricoltura delibera la concessione di contributi; gli ispettori provinciali all'agricoltura provvedono alla liquidazione e al pagamento dei contributi in conto capitale di cui ai commi precedenti ».

Mi vien fatto osservare che « pagamento » dovrebbe essere tolto sia da questo che anche dal testo della Giunta, perché è una questione a cui provvede . . . Sono autorizzato a togliere le parole « pagamento ». La parola all'assessore.

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): Io penso che si debba fare riferimento a tutta la impostazione degli uffici che riguardano l'agricoltura e la struttura che questi uffici hanno nell'ambito regionale, che viene a ripetere un po' la struttura che hanno gli uffici dell'agricoltura in campo nazionale per le regioni che non hanno statuto speciale di autonomia. Il nostro statuto attribuisce alla Giunta regionale le competenze che sono attribuite al Ministro dell'agricoltura e gli organi degli ispettorati agrari provinciali sono nella nostra regione due organi periferici dell'amministrazione centrale. Penso che questo concetto sia noto a tutti; la Regione negli ispettorati agrari non è che abbia un organismo tecnico a parte che funziona come un qualche cosa distaccato dall'amministrazione, gli ispettorati agrari fanno parte dell'amministrazione e sono organi periferici dell'amministrazione. Il concet-

to appunto di organi periferici non scardina quello del riferimento all'autorità, che ha la responsabilità.

Ora, se la responsabilità di quanto viene effettuato dagli ispettori provinciali all'agricoltura in campo nazionale viene riferita al Ministro e quindi se ne discute eventualmente in Parlamento con interrogazioni, interpellanze e s'intavolano discussioni su ogni dettaglio che può interessare anche l'amministrazione statale decentrata sugli ispettorati, io devo ricordare che la uguale cosa viene ad essere attuata anche qui da noi. Non mi esimo assolutamente da responsabilità di atti e di azioni, che vengono compiuti dagli ispettori provinciali all'agricoltura di Trento e di Bolzano, in quanto questi due ispettorati non sono altro che uffici periferici dipendenti dalla Regione, e per le attribuzioni che sono state date al sottoscritto con decreto del Presidente della Giunta regionale tutti quegli atti e azioni, che sono compiuti dagli ispettori agrari, in pratica gravano, per responsabilità su di me.

Quindi io penso che la responsabilità di ordine politico sia senz'altro mantenuta e che anche nell'amministrazione di questa legge i signori consiglieri potranno sempre fare riferimento all'assessore regionale presentando interrogazioni, presentando interpellanze, facendo le loro osservazioni. Inoltre devo far presente che il concetto di decentramento di ordine burocratico comporta anche la possibilità per l'organo, che fa questo decentramento burocratico, di revocare i provvedimenti, di fare tutte le direttive e inoltre è implicita per il cittadino la possibilità di presentare ricorsi all'organo superiore, cioè all'organo competente in materia. Quindi nei confronti di tutti quelli che sono i provvedimenti degli ispettorati agrari c'è sempre la possibilità di ricorso gerarchico alla Giunta regionale.

Quindi mi sembra, pur cercando di capire anche lo spirito di questo emendamento che viene presentato dal cons. Corsini, che il riferimento di responsabilità comunque esiste in ogni caso, almeno secondo ciò che mi sembra sia anche una prassi di ordine burocratico, che esiste per tutti quei provvedimenti che nel territorio dello Stato italiano vengono emanati con il decentramento burocratico.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Io voglio aggiungere ancora questa osservazione, perché mi pare che la risposta del signor assessore in sostanza non sia contraria allo spirito dell'emendamento che, assieme agli altri colleghi, abbiamo proposto e ne riconosca in sostanza anche la motivazione e i fondamenti. Mi pare che il dubbio della Giunta ad accoglierlo dipenda da questo fatto, nel senso di dire: ma è inutile, perché le cose sono già così come si prevede in quell'emendamento. Ora mi consenta, signor assessore, di dirle di no. Innanzitutto mi pare estremamente pertinente l'osservazione fatta dal consigliere de Carneri con il richiamo diretto a quelli che sono i doveri dell'amministrazione regionale, che non può rinunciare, non può spogliarsi di essi. È una strada un poco pericolosa sulla quale vi mettete. Io capisco bene il principio del decentramento burocratico, ma nell'attuale ordinamento giuridico italiano — quello che potrà essere nel futuro è un'altra cosa —, ma nell'attuale ordinamento giuridico dello Stato italiano il decentramento burocratico non può ancora essere inteso come un decentramento di poteri deliberativi, di amministrazione attiva in questo modo.

Seconda questione, e la pongo non certis-

simo di dire la verità, perché proprio ieri me ne occupavo per ricercare questi testi, lei dice che l'assessore, la giunta, sostituisce nella sua responsabilità il Ministro dell'agricoltura. Ora, mi pare di dover dire che quando questo è avvenuto è stato fatto per delega diretta. Io conosco una norma di attuazione della Sardegna, del marzo 1950, l'art. 6, dove si dice: « Le attribuzioni del Ministro dell'agricoltura sono deferite alla Regione nei limiti ecc. ecc. ». Lei mi può citare una norma uguale che valga per il Trentino-Alto Adige? Glielo domando perché io non la conosco. Per il Piano Verde sì, siamo d'accordo, c'è una delega per quanto riguarda la legge 454; ma appunto la difficoltà nasce dal fatto che noi abbiamo recepito in una legge regionale delle disposizioni di natura statale. Io le domando: esiste una norma di questo tipo per la Regione Trentino-Alto Adige? Io non l'ho trovata, se esiste mi fa un piacere a indicarmela e allora in un certo senso mi appago. Non l'ho trovata può darsi che ci sia, che si tratti di una mia ignoranza, la prego di citarmela eventualmente, perché solo in questo caso il suo ragionamento fila. Altrimenti restiamo con la responsabilità di natura morale e la responsabilità di natura politica. Quando non è la Giunta che concede i contributi, cosa facciamo? È la Giunta l'organo di amministrazione, deve essere la Giunta a deliberare la concessione dei contributi.

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): Per questo articolo devo ricordare che la citazione della legge nazionale è fatta solo perché con i criteri che sono contenuti in quella legge si ritiene opportuno di provvedere all'amministrazione anche di questi fon-

di, quindi il riferimento ha uno scopo puramente orientativo di come deve essere amministrata.

Per quanto riguarda invece l'altra domanda che lei si è posto, ritengo di dover ancora una volta ricordare come, in virtù della competenza primaria che noi abbiamo, noi siamo in pratica il Ministro dell'agricoltura della Regione, e quindi attraverso i propri ispettorati, può attuare una determinata azione e quanto è fatto dagli ispettorati agrari è in pratica riferibile, e quindi è sempre riferibile, all'autorità che ha la responsabilità e che la attua attraverso questi due uffici.

de CARNERI (P.C.I.): Deferiamo tutto agli ispettorati e ai vari uffici, così eliminiamo anche la Giunta.

PRESIDENTE: Ci sono ancora chiarimenti? No. Allora metto in votazione l'emendamento che ho letto prima: respinto con 4 voti favorevoli, 22 voti contrari e 6 astensioni.

Metto in votazione l'emendamento della Giunta: « Gli ispettorati provinciali dell'agricoltura predisporranno programmi annuali di attività, che saranno approvati dalla Giunta regionale, sentite le Province di Trento e di Bolzano ». Chi è d'accordo con questo emendamento? Approvato con 24 voti favorevoli, 9 voti contrari e 5 astensioni.

C'è un emendamento e lo metto in votazione per togliere le parole « e al pagamento »: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Metto in votazione l'intero art 1: approvato con 24 voti favorevoli, 11 voti contrari e 2 astensioni.

Art. 2

Per l'attuazione della presente legge è au-

torizzata la spesa di L. 900.000.000, da ripartirsi in ragioni di L. 100.000.000 a carico dell'esercizio 1966, di L. 200.000.000 a carico di ciascun esercizio finanziario dal 1967 al 1970.

Gli stanziamenti autorizzati in applicazione alla presente legge, se eventualmente non impegnati nell'esercizio in cui vennero disposti, non decadono fino a quando, a giudizio della Giunta regionale, permanga la necessità della spesa.

All'onere di L. 100.000.000 derivante dall'attuazione della presente legge nell'esercizio finanziario 1966, si farà fronte mediante prelevamento di pari importo dal fondo iscritto al capitolo n. 1030 degli stati di previsione della spesa per l'esercizio medesimo.

È stato presentato un emendamento aggiuntivo a firma Volgger, Benedikter, Spogler, dopo il primo comma: « Le somme stanziolate dal presente articolo vanno ripartite in parti uguali fra la provincia di Trento e quella di Bolzano ».

Volevo chiedere un chiarimento, sta scritto « vanno ripartite in parti uguali fra le province », intende province come territorio o province come ente? Lettera minuscola o maiuscola? cioè alle province come enti autonomi o province come territorio?

SPOEGLER (S.V.P.): Territorio.

PRESIDENTE: Va bene, allora è proponibile.

La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): L'emendamento è improponibile. Sarebbe stato proponibile se fosse stato accettato il primo emendamento che abbiamo discusso, cioè l'emendamento aggiun-

tivo che prevedeva la delega alle Province. Qui l'emendamento riguarda la ripartizione di fondi tra una provincia e l'altra quando l'attuazione della legge non prevede una ripartizione, una distinzione provinciale. Semmai l'emendamento dovrebbe essere corretto in questo senso: « va diviso tra gli ispettorati provinciali », perché sono gli ispettorati provinciali che provvedono all'erogazione di questi fondi. Così come è formulato attualmente non può essere proponibile perché esso parla di province, e la legge non prevede un'attuazione provinciale a mezzo della delega.

DALSASS (S.V.P.): Ma il territorio non è ente.

MITOLO (M.S.I.): E che vuol dire, la provincia ente non è la provincia territorio forse? C'è una distinzione fra territorio e l'ente? Concettualmente forse, ma non sostanzialmente, perché l'ente comprende anche il territorio, fino a prova contraria. Ma voi dite *provincia*, evidentemente con riferimento all'ente, non con riferimento al territorio.

Secondo me è improponibile per i motivi che vi ho detto. Comunque sarebbe fuori luogo lo stesso perché frustrerebbe lo spirito dell'art. 1 così come è stato proposto; e cioè l'attuazione di questa legge avverrebbe non attraverso un riferimento territoriale, ma attraverso un riferimento di carattere generale, mentre l'attuazione della legge, attraverso i due ispettorati provinciali, ha carattere puramente strumentale. La legge resta una legge regionale che viene applicata dalla Giunta regionale attraverso gli strumenti di cui essa intende servirsi e che sono gli organi denominati ispettorati provinciali.

Quindi, secondo me, è improponibile da

un punto di vista logico-giuridico ed è inammissibile da un punto di vista di coerenza logica proprio per il modo col quale ormai il Consiglio ha approvato l'art. 1.

PRESIDENTE: Cons. Mitolo, io ho chiesto, prima di giudicare sull'ammissibilità o meno di questo emendamento, se si intendeva province come ente o province come territorio; mi è stato risposto che si intende province come territorio, per cui provincia con lettera minuscola. Quindi questo emendamento significa la traduzione di norma di quel principio generale, che da tanti anni viene attuato, di divisione metà e metà fra le province, cioè vuol dire che metà dei fondi stanziati vanno spesi in iniziative degli enti della provincia di Bolzano e metà in iniziative degli enti della provincia di Trento. In questo senso non può essere considerato improponibile.

MITOLO (M.S.I.): Proprio per la precisazione sua io dico che acquista maggior valore la mia osservazione, perché proprio i precedenti stanno a dimostrare che la divisione è stata fatta sempre quando le somme sono state attribuite per la loro erogazione alle Province enti, non alle province territorio.

L'amministrazione dei fondi è stata fatta dalle Province enti, non dalle province territorio.

PRESIDENTE: Comunque la discussione è aperta su questo emendamento.

La parola al cons. Spoegler.

SPÖGLER (S.V.P.): Der Herr Kollege Mitolo hat gesagt, daß dieser Antrag nicht eingebracht werden kann, weil mit dem Wort « Provinz » eben die Körperschaften gemeint sind. Nun, es ist vom Präsidenten des Regionalrates geklärt worden, daß es sich nicht um

die Körperschaften handelt, sondern um das Territorium. Der Kollege Mitolo hat gesagt, man könnte die Aufteilung Hälfte-Hälfte machen, aber dann müßten die Gelder an die Inspektorate überwiesen werden. In diesem Fall, müßte also das Landwirtschaftsinspektorat von Bozen die Hälfte von dem bekommen, was wir mit diesem Gesetz vorsehen. Nun, nachdem laut diesem Gesetz ja die Landwirtschaftsinspektorate die Beträge auszahlen, ist es ganz klar, daß wir mit diesem Wort « Provinz » das Territorium, bzw. die Landwirtschaftsinspektorate gemeint haben. Ich weiß nicht, ob ich mich da richtig ausgedrückt habe. Der Antrag könnte natürlich genauso heißen: diese Beträge werden je zur Hälfte an die Landwirtschaftsinspektorate Trient und Bozen überwiesen.

(Il collega Mitolo ha affermato che questo emendamento è improponibile perché con la parola « provincia » si intendono appunto gli enti. Ora il Presidente del Consiglio regionale ha chiarito che non si tratta dell'ente ma del territorio. Il collega Mitolo ha detto che si potrebbe fare questa suddivisione a metà e metà ma che poi i fondi dovrebbero esser girati agli Ispettorati. In questo caso l'Ispettorato all'agricoltura di Bolzano dovrebbe ricevere la metà di quanto noi stanzieremo con questa legge. Poiché ora, in base a questa legge, sono gli Ispettorati all'agricoltura a liquidare i fondi, è chiaro che noi con la parola « provincia » abbiamo inteso parlare del territorio e cioè degli Ispettorati all'agricoltura. Non so se mi sono espresso con esattezza. L'emendamento potrebbe naturalmente anche suonare: i fondi vengono trasferiti metà all'Ispettorato all'agricoltura di Trento e metà a quello di Bolzano.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore Segnana.

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): Io mi riferisco a tutte le leggi, che abbiamo fatte in questi anni di attività del Consiglio regionale, per ricordare che in nessun provvedimento noi abbiamo inserito che i fondi stanziati sono attribuiti metà e metà alle Province; persino nelle leggi delegate noi abbiamo detto: il Consiglio regionale attribuisce alle Province ogni anno, con legge di bilancio, i fondi che devono essere stanziati, lasciando quindi al potere del Consiglio regionale la possibilità, lasciando la discrezionalità nel concedere il 40, il 50 od altro.

Comunque, a me sembra che questo concetto del dividere metà e metà sia superfluo introdurre in questa legge, perché tutta l'attività svolta, soprattutto nel settore dell'agricoltura, ha dimostrato che si è sempre mantenuto questo criterio. Mi sembra quindi che si possa rimanere sulle posizioni che sono state fino ad ora nostre, cioè quello di non inserire in leggi questo criterio, ma lasciare che la prassi attuale continui ad attuarsi. Mi sembra anche che i consiglieri dell'opposizione non possano su questa materia avere motivo di doglianza in quanto hanno potuto sempre constatare, anche con le varie relazioni che abbiamo date sugli interventi fatti, come il criterio piuttosto grossolano, ma comunque comodo, del metà e metà sia sempre stato mantenuto.

PRESIDENTE: Metto in votazione questo emendamento: respinto con 13 voti favorevoli e 21 voti contrari.

Pongo in votazione l'art. 2: approvato con 23 voti favorevoli, 10 voti contrari e 2 astensioni.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? La parola al cons. Volgger.

VOLGGER (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Herren Kollegen! Die heutige Zentralregierung der linken Mitte hat sich in ihrem Programm auf die Dezentralisierung festgelegt. Sie legt großen Wert auf die Durchführung der Dezentralisierung im Staate. Unser Regionalausschuß der linken Mitte hat in seinem Programm die Durchführung des Art. 14 — die Delegation an die Provinzen zur Vereinfachung der Verwaltung festgelegt. Wir anerkennen, daß dieser Art. 14 seit 1960 und auch vom jetzigen Regionalausschus in einigen Fällen durchgeführt würde. Wir haben ausführlich dargelegt, warum die Delegation gerade in diesem Gesetze wichtig wäre. Man hat uns keine Gründe sagen Können, warum man sie nicht durchführen will. Man will sie eben nicht durchführen. Man hat auch anerkennen müssen, daß die delegierten Gesetze von der Provinz Bozen schnell, einfach und korrekt durchgeführt werden. Durch den Mund des Herrn Kollegen Dr. Steger haben wir uns erlaubt, darauf aufmerksam zu machen, daß das Gesetz an und für sich gewiß löbliche Absichten verfolgt, daß wir nicht gegen die Maßnahmen sind, die dieses Gesetz vorsieht, daß wir aber betonen müssen, daß wir die großen Anliegen der Obstbauern in Südtirol nicht vergessen dürfen. Das größte Anliegen der Obstbauern in Südtirol ist die Verbauung der Etsch. Sonst könnte es eines Tages geschehen, daß wir auf Grund dieses Gesetzes schöne neue Pflanzungen haben, daß wir Hunderte von Millionen für diesen Zweck ausgeben, die beim nächsten Hochwasser weggeschwemmt werden. Der Kollege Dr. Dalsass hat in einer Anfrage darauf hingewiesen, daß die Provinz Trient sich wohl bemüht, die Etsch bei Mezzocorona zu verbauen, daß für die Provinz Bozen aber nur Brosamen abfallen. Ich

möchte den Regionalausschuß anlässlich der Debatte dieses Gesetzes ersuchen, sich auch dafür einzusetzen, damit die gefährdeten Obstbauern in der Provinz Bozen ruhiger schlafen können. Denn sonst machen wir Gesetze, welche die großen, die wirklich großen Notwendigkeiten der Provinz Bozen übersehen. Es muß ein Weg gefunden werden, daß die Etsch verbaut wird.

Weil uns die Delegierung auf Grund des Art. 14 verweigert wurde, die wir nicht aus politischen Gründen verlangt haben sondern aus administrativ-praktischen, und weil wir auch den Eindruck haben, daß dieses Gesetz zwar dem Trentino sehr zugute kommt, in Südtirol aber andere Ausgaben vordringlicher wären, stimmt die Fraktion der S.V.P. gegen das Gesetz.

(Signor Presidente, signori colleghi! L'attuale Governo di centro-sinistra a Roma ha accolto nel suo programma il decentramento ed attribuisce grande valore all'attuazione del decentramento nella compagine dello Stato. La nostra Giunta regionale di centro-sinistra ha fissato nel suo programma l'attuazione dell'art. 14, la delega alle Province come mezzo per semplificare l'amministrazione. Riconosciamo che questo articolo 14 è stato in alcuni casi applicato, dal 1960 in poi ed anche dall'attuale Giunta regionale. Abbiamo dichiarato esaurientemente perché proprio per questa legge sarebbe importante la delega; non ci si sono sapute dire le ragioni per cui non si vuole applicarla. Non la si vuole applicare, semplicemente. Si è dovuto anche riconoscere che le leggi delegate sono state attuate dalla Provincia di Bolzano con prontezza, semplicità e correttezza. Per bocca del collega Steger ci siamo permessi di far notare che la legge di per sè ha intenzioni senz'al-

tro lodevoli, che noi non siamo contrari ai provvedimenti in essa previsti ma che dobbiamo mettere in rilievo come non si debba dimenticare ciò che importa ai frutticoltori in Sudtirolo. Per loro la cosa più importante è la sistemazione del corso dell'Adige, altrimenti un bel giorno potrebbe succedere che i bellissimi nuovi impianti fatti in base alla presente legge e che sono costati centinaia di milioni venissero trascinati via alla prossima piena. Il collega Dalsass ha accennato in un'interrogazione al fatto che la Provincia di Trento si sforza di sistemare il corso dell'Adige presso Mezzocorona mentre per la Provincia di Bolzano rimangono soltanto le briciole. In occasione della discussione di questa legge vorrei pregare la Giunta regionale di interporci perché i frutticoltori minacciati della Provincia di Bolzano possano dormire i loro sonni tranquilli, altrimenti le leggi che facciamo trascurano veramente le maggiori necessità della Provincia di Bolzano. È necessario trovare un modo per provvedere alla sistemazione dell'Adige.

Poiché ci è stata negata la delega in base all'art. 14, delega che abbiamo chiesto per ragioni non politiche ma pratiche ed amministrative, e poiché abbiamo l'impressione che la presente legge vada a tutto vantaggio del Trentino, mentre in Sudtirolo sarebbero più urgenti spese di altra natura, la frazione della S.V.P. voterà contro la legge.)

PRESIDENTE: Prego distribuire le schede per la votazione a scrutinio segreto.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione:

votanti n. 40

25 sì

13 no

2 schede bianche.

La legge è approvata.

La seduta è tolta e rinviata a martedì 6,
ore 9.30.

(Ore 13.42).